

— Achtzehnter Jahrgang. —

Nr. 13.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 26. März bis 1. April 1909.

Posen, den 6. April 1909.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 65 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 20. März 1909:**Generalversammlung des Związek Ziemian
(polnischer Bund der Landwirte).**

Gestern am 18. März eröffnete im Saale der Bank Ziemski der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Kammerherr Dr. v. Jackowski die VII. Generalversammlung des „Zwionzek ziemian“, um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags. Ihm wurde auch seitens der Versammelten die Leitung der Verhandlungen übertragen. Zum Schriftführer wurde Herr B. Amrogowicz aus Rzeszynek berufen. Nach Annahme der Tagesordnung erstatteten die Herren Thaddäus v. Chrzanowski und v. d. Osten unter Vorlegung der Rechnungen und der Bilanz Bericht über die Tätigkeit der Genossenschaft. Herr v. Chrzanowski wies auf das Vertrauen hin, dessen der „Zwionzek ziemian“ sich erfreue. Beweis hierfür sei die Tatsache, daß ihm die Verwaltung von 14 Gütern mit einem Flächeninhalt von 22 980 Hektar übertragen worden sei. Die Kontrolle über die Verwaltung dieser Güter übe unter der Aufsicht des Aufsichtsrats ein spezieller Administrator aus.

Ein weiterer Beweis des Vertrauens sind die zahlreichen beim Zwionzek ziemian einlaufenden Aufträge, beim Erwerb und Verkauf von Gütern zu vermitteln, sowie die Anträge auf Hypothekenregulierung, Aufnahme von landschaftlichen und anderen Darlehen.

Der Bericht schloß mit der Aufforderung, das so nützliche Institut zu unterstützen.

Herr v. d. Osten bietet eine Übersicht über die Entwicklung des Zwionzek ziemian und legt die Bilanz vor.

Zunächst weist er nach, daß die Zahl der Mitglieder sich von Jahr zu Jahr vermehrt habe. Während bei der Bildung des Zwionzek im Jahre 1902 die Zahl der Mitglieder nur 284 betragen habe, sei sie im Jahre 1907 auf 625 gestiegen. Im verflossenen Jahre habe ihre Zahl sich allerdings verringert, da der Tod zehn und einige fortgerafft habe und diejenigen hätten ausgeschlossen werden müssen, welche infolge der Nichterfüllung der übernommenen Pflichten nur toter Ballast waren.

Die Reservefonds hätten eine Höhe von nahezu 90 000 *M* erreicht, die Anteile der Mitglieder sich im Jahre 1908 um 30 096,60 *M* erhöht, und sie betrügen insgesamt 179 864,57 *M*, während bei der Gründung diese Position die bescheidene Summe von 13 782 *M* aufgewiesen habe.

Der letzte Beweis jedoch dafür, welchen Vertrauens sich der Zwionzek ziemian erfreue, sei das Sichheben

der Depositen. Im Jahre 1902 habe die Summe der Depositen 12 590 *M* betragen, sie habe sich von Jahr zu Jahr vergrößert und im Jahre 1907 die Höhe von 208 642 *M* erreicht. Mit dem sich immer mehr steigenden Vertrauen habe sich auch die Summe der Depositen gehoben; sie sei im Berichtsjahre auf 588 899 *M* gewachsen. Die Fläche der dem Zwionzek ziemian anvertrauten Güter vergrößere sich von Jahr zu Jahr. Das beweise am besten, daß der Bund gut verwaltet zur völligen Zufriedenheit der Interessenten. Im Jahre 1902 habe der Bund 9 818 Hektar in Verwaltung genommen; heute seien ihm im ganzen 22 980 Hektar anvertraut. Für alle bei der Verwaltung verauslagten Kapitalien habe der Bund hinreichende Sicherungen, nicht nur persönliche, sondern auch reale.

Schließlich legt Referent die Gewinne dar, welche die Tätigkeit des Bundes eingebracht habe.

Unter Nr. 2 der Tagesordnung verliest Graf Zoltowski-Jarogniewice den Bericht der Revisionskommission und unterbreitet der Generalversammlung deren Antrag auf Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat; auch schlägt er vor, die Gewinnverteilung gemäß der vorgelegten Rechnung anzunehmen.

Die Generalversammlung erteilt Entlastung und setzt die Dividende nach dem Vorschlage des Vorstandes und des Aufsichtsrates auf 5 % fest.

Unter Nr. 3 der Tagesordnung erstattet Herr v. d. Osten Bericht über die am 6. März 1908 abgehaltene verbandsseitige Revision.

Sodann kommt der Antrag des Vorstandes und des Aufsichtsrates betreffend die Erhöhung der Summe, welche die Genossenschaft bei der Aufnahme von Darlehen, bei der Annahme von Depositen und bei der Gewährung von Kredit an die Mitglieder nicht überschreiten darf, zur Beratung. Herr v. d. Osten begründet diesen Antrag, und die Generalversammlung stimmt ihm nach Durchführung der Diskussion zu.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit schreitet die Generalversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern anstelle der ausscheidenden. Der Vorsitzende erklärt, daß die Herren Wienckowski, Hippolit v. Zafrowski und Marzell v. Zoltowski eine Neuwahl entschieden nicht annehmen.

Die Wahl findet mittels Stimmzetteln statt. Mit Stimmenmehrheit werden gewählt die Herren:

Stanislaus v. Chrzanowski,
Vinzent v. Niemojowski,
Bronislaus Wize, von den alten Mitgliedern
des Aufsichtsrats, und neu die Herren:
Kazimir v. Grabowski-Zbiekta,
Wladislaus v. Sczaniecki-Laszczyn und
Adam v. Znaniecki-Lonkotschin.

Es folgt die Wahl der Revisionskommission. Gewählt wurden die Herren:

Johann Szuman,
Hedinger und
Leo v. Plucinski.

Unter Punkt 7 der Tagesordnung „Anträge ohne Beschlussfassung“ fragt Herr L. v. Plucinski, ob der Zwionzel ziemian die Subskription für die neuen Anteile der Verbandbank der Erwerbsgenossenschaften unterzeichnet habe. Das Aufsichtsratsmitglied Herr L. v. Chrzanowski gibt einen bejahenden Bescheid.

Nach Erschöpfung der Tagesordnung schließt der Vorsitzende die Generalversammlung um 6 Uhr.

Aus Nr. 73 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 31. März 1909:

Generalversammlung der Aktionäre der Verbandbank der Erwerbsgenossenschaften.

Im Saale der Bank, Wilhelmstraße 26 in Posen, fand heute die Versammlung der Aktionäre des angesehensten Finanzinstituts, d. i. der Verbandbank der Erwerbsgenossenschaften, statt.

Die Versammlung eröffnete der Herr Kammerherr Cegielski, der Vorsitzende des Aufsichtsrats. Er wurde durch Affikamation zum Verhandlungsleiter gewählt. Herr Cegielski ließ sich in einer ausführlichen Ansprache über die allgemeine Lage der Bank aus. Diese Lage kann man als überaus günstig bezeichnen. Auf der Tagesordnung stand zunächst der Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Bank und die Verlesung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1908. Zu diesem Punkte nahm das Wort der Herr Direktor Wienkowski. Das vergangene Jahr war ebenso günstig wie die Vorjahre. Der Gesamtumsatz hat sich im Vergleich zum Jahre 1907 von 448 367 989,56 M auf 484 053 377,28 M gehoben, und dementsprechend auch alle Erwerbskonti.

Der Bestand an Wechseln betrug Ende 1907 15 500 091,81 M. Im neuen Rechnungsjahre wurden neue Wechselbarlehen gewährt bzw. prolongiert mit 73 160 851,43 M, zusammen 88 660 943,24 M. Im Laufe des Jahres wurden geregelt 69 685 157,82 M. Ende Dezember 1908 waren im Portefeuille Wechsel über 18 975 785,42 M, das Wechselportefeuille hat sich also um 3 1/2 Millionen Mark gehoben.

Von dem Diskont in der Reichsbank machte man im Jahre 1908 mit 2 343 606,62 M Gebrauch. Im Laufe des Rechnungsjahres wurden Wechsel in Höhe von 2 343 606,62 M bezahlt.

Die Hypothekenrechnung hob sich von 3 141 278,32 M zu Beginn des Jahres auf 3 273 679,46 M am Schlusse des Jahres. Die Hypotheken sind zu einem bedeutenden Teile ersttellige, in jedem Falle aber völlig sicher, zum Teil auf bauerlichen Besitzungen lociert, die von anderen Instituten oder von Privatpersonen parzelliert worden sind, sowie auch auf Großgrundbesitz. Diese Hypotheken sind entweder mit kurzer Kündigung zahlbar, so daß die Realisierung zum großen Teil durch Umwandlung in Pfandbriefe der Landschaft, der Provinzialhilfskasse oder von Hypothekenbanken sich leicht durchführen ließe, oder sie sind mit ständigen vierteljährlichen, halbjährlichen oder jährlichen Abzahlungen normiert. Die im Laufe des Jahres vollzogenen Abzahlungen betrugen 687 967,35 M.

Kredit auf Kontokorrent wurde Privatpersonen gegen entsprechende, gewöhnlich Hypotheken, Unterlagen gewährt. Er betrug Ende 1907 4 554 602,16 M.

Im Laufe des Jahres betrugen die auf Kontokorrent gewährten Darlehen 16 844 978,96 M, zu-

sammen 21 399 581,12 M. Im Laufe des Jahres wurden abbezahlt 16 221 247,42 M. Die Schuldner blieben Ende 1908 schuldig 5 178 333,70 M.

Scheckkonto. Zu Gunsten der Interessenten verblieben Ende 1907 271 306 08 M; im Laufe des Jahres 1908 wurden eingezahlt 3 966 258,61 M, zusammen 4 237 564 79 M. Ausgezahlt wurden im Laufe des Rechnungsjahres auf Schecks 3 654 235,20 M, es blieben zu Gunsten der Interessenten Ende 1908 583 329,59 M. Zur Bequemlichkeit der Scheckkunden sorgte die Bank vor sechs Jahren dafür, daß die Schecks der Bank nicht nur in Posen sondern auch in Berlin, in der Bank der „Berliner Handelsgesellschaft“, zahlbar sind. Das Saldo der auf Depositionskonto der Bank der Erwerbsgenossenschaften eingezahlten Kapitalien betrug zu Anfang des Jahres 1908 von Privatpersonen 17 434 653 21 M von Genossenschaften 5 690 016,49 M, zusammen 23 124 669,70 M. Im Laufe des Rechnungsjahres flossen ein: von Privatpersonen 45 419 533,85 M, von Genossenschaften 29 139 779,80 M zusammen 74 559 313,65 M. Die ganze auf Konten eingezahlte Quote betrug 97 683 983,35 M. Im Laufe des Rechnungsjahres hoben ab: Privatpersonen 43 764 417,81 M, Genossenschaften 23 035 152,03 M, zusammen 66 799 569,80 M. Bestand für das Jahr 1909: 30 884 413,51 M.

Das Effektenkonto weist im Rechnungsjahre einen größeren Umsatz auf als in den Vorjahren. Die Summe für im Jahre 1908 verkaufte Effekten betrug 9 527 728,97 M, der Wert der Effekten berechnet nach dem Kurse der betreffenden Börsen vom 31. Dezember 1908 bzw. des Einkaufspreises beträgt 5 071 694,74 M, der Buchwert der Effekten macht 4 981 232,81 M, der Gewinn 90 462,43 M aus.

Immobilienkonto. Die Bank besitzt drei Grundstücke, und zwar das Haus Wilhelmstraße 26, in welchem sich die Bankräume befinden, 26 Morgen Terrain in Glowno und Wilda. Das Grundstück Wilhelmstraße 26 hat über 1700 Quadratmeter Fläche. Der Buchwert des Grundstücks beträgt 443 331,48 M.

Der Amortisationsfonds beträgt gegenwärtig 25 000 M. Die Jahresmiete für die Wohnungen und die Räume der Bank beträgt einschließlich der Pacht für die Banklokalitäten und für die Wohnungen des Boten und des Hauswirts 25 206 M. Das Grundstück in Glowno mit 26 Morgen Fläche ohne jede Baulichkeiten wurde im Jahre 1899 für 21 629,50 M erworben und ist gegenwärtig mit 14 M pro Morgen verpachtet. Wenn das Grundstück einmal verkauft werden wird, wird es zweifellos entsprechenden Gewinn bringen.

Das Haus Wilda Kronprinzenstraße 76 war die Bank bei der Zwangsversteigerung am 6. März 1906 für 79 648,99 M zu kaufen gezwungen. Auf diesem Grundstück lastete für die Bank an erster Stelle eine Hypothek von 100 000 M.

Diskontkonto. Die Einnahme an im Rechnungsjahre erhobenen Diskont beträgt 2 029 162,14 M. Die ausbezahlten und die pro 1908 zugeschriebenen Zinsen betrugen 1 448 433,20 M.

Das Verwaltungskonto betrug im Jahre 1907 133 837,69 M und im Jahre 1908 159 922,65 M, es hat sich somit um 26 084,96 M gehoben.

An der sich an diesen Bericht knüpfenden Diskussion nahmen teil die Herren Syndikus v. Sczaniecki aus Gnesen, Dr. Rzepnikowski, Prälat Wawrzyniak, Eckert, Dr. Chyla, Janowski. Anträge, welche Beschlussfassung heischten, wurden nicht gestellt. Die Diskussion förderte nur verschiedene Wünsche zu Tage, welche der Vorstand in Erwägung ziehen wird.

Im Namen der Revisionskommission berichtete Dr. Rzepnikowski, daß die Kommission alle Rechnungen

in völliger Ordnung gefunden habe. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1908 bestätigte die Versammlung, indem sie dem Vorstand und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilte.

Die Dividende beträgt 6 %.

Die Versammlung genehmigte das Umschreiben einer ganzen Menge von Aktien auf die Namen neuer Erwerber.

Es folgt die Wahl dreier Mitglieder des Aufsichtsrats. Es scheiden aus: Pfarrer Dr. Wolszlegia-Pienionskowi, Stan. Malinowski-Schrimm und Adalbert Randziara aus Schlesien. Sie wurden wiedergewählt.

Der wichtigste Punkt der Beratungen ist der letzte Punkt der Tagesordnung, das ist die Angelegenheit der Erhöhung des Aktienkapitals. Zu diesem Gegenstande nahm Prälat Warzyniak das Wort, und er schlug vor, das Aktienkapital um drei Millionen Mark zu erhöhen.

Bei der Subskription sollen nur 25 % der Quote eingezogen werden, und der Rest soll auf eine fernere Zeit verteilt werden, entsprechend dem vom Aufsichtsrat zu fassenden Beschlüsse.

Syndikus v. Sczaniecki schlägt vor, das Kapital auf zehn Millionen Mark zu erhöhen und die Emission nur nach Bedarf auszuführen. Herr St. Wegner spricht für die Erhöhung auf sechs Millionen Mark. Herr Janowski schlägt vor, nur bis auf fünf Millionen zu erhöhen. An der Diskussion beteiligten sich auch andere Herren. Schließlich wurde die Erhöhung im Sinne des Vorschlags des Vorstandes, das ist um drei Millionen oder auf zusammen sechs Millionen, beschlossen.

Aus Nr. 75 des Ogedownik (Posen)

vom 2. April 1909:

Die Generalversammlung der Baugenossenschaft unter dem Titel „Gniazdo“ fand am 31. März abends im Saale des Gewerbehausea statt. Zum Leiter wurde Herr Dr. Anton Chlapowski und zum Schriftführer Herr Wladislaus Karge berufen. Herr Direktor Michael Rutkowski legte die Bilanz der „Gniazdo“ für das verflossene Jahr vor und kommentierte sie. Aus der Bilanz geht hervor, daß die Aktiva 169 844,10 M betragen. Der Gewinn von 90,58 M wurde auf Antrag des Herrn Bernhard Chrzanowski zum Reservefonds übernommen, der zu Ende des Jahres 5 134,33 M betrug.

An der Diskussion über die Bilanz nahmen die Herren K. Rzepecki, K. Ignatowicz, J. Lewandowski und Chlapowski teil.

Auf Antrag des Mitgliedes der Revisionskommission, Herrn Johann Zablocki, erteilte die Versammlung dem Vorstände einstimmig Entlastung.

An Stelle des zurücktretenden bisherigen Vorsitzenden des Aufsichtsrats Herrn Rechtsanwalts B. Chrzanowski wurde Herr Dr. Anton Chlapowski gewählt. In den Vorstand gehören die Herren: Michael Rutkowski als Direktor, Czeslaus Leitgeber als Schatzmeister, Kasimir Jesionek als Kontrolleur. In den Aufsichtsrat gehören außer Herrn Dr. Chlapowski noch die Herren: Wincent Szczerbinski, Dr. Celestin Rydlewski, Stanislaus Rzepecki, Viktor Gladysz, Zenon Lewandowski, Dr. Xaver Jazdzewski, Boleslaus Samolinski und Dr. Franz Schroeder.

Im verflossenen Jahre zählte der Verein „Gniazdo“ 340 Mitglieder mit Anteilen in Höhe von 10 305 M. An den Verhandlungen in der Generalversammlung nahmen ca. 30 Mitglieder teil.

Aus Nr. 72 des Ogedownik (Posen)

vom 30. März 1909:

Die Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes der kaufmännischen Vereine.

Die Versammlung eröffnete kurz vor 4 Uhr im Lokale der Restauration „Zum Bernhardiner“ der Vorsitzende des Verbandes der kaufmännischen Vereine in Deutschland, Herr päpstlicher Kammerherr Cegielski. In der Eröffnungsrede bezeichnete der Vorsitzende die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit mit der Vereinigung der kaufmännischen Jugend und dem Verbande der Geschäftsreisenden, deren Vertreter zu der Zusammenkunft eingeladen worden waren. Im weiteren Verlaufe gab er einen kurzen Überblick über die Vorstandsarbeit, die er eine vorteilhafte nannte, und hob besonders zwei Sachen hervor, mit denen sich der Vorstand beschäftigt hat, nämlich: die Frage des Vereins „Kaufmännische Bruderhilfe“ und des Kolonial-Engrosgeschäfts.

Nachher wurden Herr Gonsowski (jr.) aus Kofen vom Vorsitzenden zum Schriftführer und die Herren Hosiarczyk (Vorsitzender des Verbandes der Geschäftsreisenden), Otmianowski (Vorsitzender der Posener kaufmännischen Korporation), Dr. Honcia (Vorsitzender der Vereinigung der kaufmännischen Jugend), Thomas aus Borek und Wasinski aus Jarotschin zu Beisitzern bestellt.

Aus dem Jahresbericht des Schriftführers des Verbandes, Herrn Ozdowski, ging hervor, daß zu dem Verbande mit Einschluß der vier neuen Vereine, welche im Laufe des Jahres ihren Eintritt erklärt haben (Koschmin, Pleschen, Mogilno und Jarotschin), 18 Vereine mit 475 Mitgliedern gehören. Von dieser Zahl sind 25 Handlungsgehilfen, den Rest bilden selbständige Kaufleute. Die Arbeit des Vorstandes beruhte in Proben weiterer Organisation unseres kaufmännischen Standes, doch war diese Arbeit wenig fruchtbar.

Das Vermögen sämtlicher zum Verbande gehörender kaufmännischer Vereine beträgt 17 206 M. Von dieser Summe entfällt der Löwenanteil auf die Posener Korporation christlicher Kaufleute (14 393 M) — der Rest auf 9 Provinzialvereine, von denen die reichsten Vereine die in Hohenjalza und Kruschwitz sind. Die wenigste Lebenskraft zeigten die Vereine in Gnesen und Kofen.

Gegenwärtig sind Ausichten vorhanden zur Gründung neuer Vereine in Breschen, Nakel, Janowitz und Samter. Nach dem Berichte des Verbandsfasserers Herrn Bernaczynski beträgt das Verbandsvermögen 184,25 M. Mit den Beiträgen für das verflossene Jahr sind bisher im Rückstande geblieben: Gnesen, Kofen, Znin und Krotoschin.

Nach der dem Vorstände erteilten Entlastung wurde zur Wahl des neuen Vorstandes geschritten. Auf Antrag des Herrn M. Wyrhowski-Kofen wurde der alte Vorstand einstimmig mittels Zuruß wieder gewählt. Es gehören also in denselben die Herren Cegielski, Jaroslaus Leitgeber, Ozdowski und Dr. Bernaczynski aus Posen, Jafubowski aus Hohenjalza, Biolkowski aus Kruschwitz, Konopinski aus Schrimm, Hedinger und Rechtsanwalt Drwenski aus Posen. Bei den Wahlen zeigte sich, daß 11 Vereine ihre Delegierten geschickt hatten.

Von der Gründung des kaufmännischen Vereins „Bruderhilfe“ und von den Beschlüssen, die vor einem Monat in der Versammlung der Kaufleute in Pleschen gefaßt wurden, sprach Herr Thomas aus Borek. Der Vorsitzende der Vereinigung der kaufmännischen Jugend, Dr. Honcia, erklärte, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der kaufmännischen Jugend und

den selbständigen Kaufleuten in dieser Frage vorkamen, schon gänzlich beseitigt worden seien, und daß die Organisation der Jugend die neue Institution, die unzweifelhaft nur ihr Bestes im Auge habe, unterstützen werde. Dem kaufmännischen Verein „Bruderhilfe“ sind unter anderen alle Mitglieder des Pleßener Vereins beigetreten, und der Verein selbst beschloß einen ständigen Jahresbeitrag. Der Vorsitzende appellierte an die Versammelten, daß es alle anderen Verbandsvereine ebenso machen sollten. Der Hohenstaalener Verein stellte durch seinen Delegierten Herrn St. Knast den Antrag, daß die einzelnen kaufmännischen Vereine im Falle ihrer Auflösung das Vereinsvermögen der kaufmännischen Institution „Bruderhilfe“ überweisen möchten.

In der Sache des Fachorgans „Der Kaufmann“ wurde eine Resolution angenommen, die den Vereinen, die zum Verbandsverband gehören, ein Pflichtabonnement empfiehlt, sei es aus der Vereinskasse, indem man die Beiträge erhöht, sei es direkt durch die einzelnen Kaufleute, umso mehr, weil der Herausgeber in diesem Falle das Abonnement auf 75 Pfg. vierteljährlich erniedrigt.

Für die gegenwärtige Redaktion wurden viele schmeichelhafte Stimmen laut. Es wurde auch der Gedanke angeregt, ob man im nächsten Jahre nicht ein Pflichtabonnement für den ganzen Verband einführen sollte.

Einige sehr wichtige Angelegenheiten wurden in der freien Aussprache berührt. Unter anderem beschloß man auf den Antrag des Herrn Wyrzbowski, daß der Vorstand des Verbandes sich an das Patronat der Erwerbsgenossenschaften wenden und ihm die Resolution in der Angelegenheit der Rolniks in Erinnerung bringen sollte. In Czempin soll nämlich in den letzten Tagen ein Rolnik gegründet worden sein, obwohl dort ein Getreidegeschäft, welches in polnischen Händen sich befindet, existiert.

Herr Słusarczyk berührte die für unsere Kaufmannschaft so wichtige Frage der Warenhäuser auf den Dörfern, die den Zeitungslesern durch die Korrespondenz aus Wilosław bekannt ist. Nach den Informationen des Herrn Osadowski sollen schon 20—30 solcher Dorfwarenhäuser existieren, die zum Teil eine große Gefahr für unsere Kaufleute bilden. Am grellsten zeigt sich dies beim Warenhaus in Winagora, das zwei Kilometer von Wilosław entfernt liegt. Dieses Haus entzieht den Kaufleuten sogar die städtische Kundschaft. Herr Rowinski macht auf solche Häuser im Kreise Ostrowo, namentlich auf den Gütern des Herrn von Lipski, aufmerksam. Die Grundbesitzer im Kreise Ostrowo sollen überhaupt die Kaufleute der Stadt Ostrowo geradezu boykottieren. Herr Dr. Honcia macht darauf aufmerksam, daß der Vater dieser Dorfwarenhäuser Herr von Turno aus Objezierze ist, und rät, daß man sich eventuell an ihn mit Vorstellungen wenden sollte. Herr von Turno trägt sich auch mit der Absicht, diese Häuser durch Gründung eines Zentralwarenhauses in Posen zu zentralisieren. Dieses würde sichtlich mit großem Schaden für unsere Kaufmannschaft verbunden sein.

Nach den Ausführungen des Herrn Thomas aus Borek, der geraten hat, daß man auf die Warenhäuser wirken sollte, daß sie nicht die Preise drückten und die polnischen Großisten unterstützten, sowie der Herren Dr. Pernaczniski und Osadowski beschloß man, sich in dieser Angelegenheit nicht an den landwirtschaftlichen Zentralverein zu wenden, sondern zuerst ein genaues statistisches und Zahlen-Material zu sammeln, ob und inwieweit die Häuser der polnischen Kaufmannschaft in Wirklichkeit schaden. Auf Grund dieser Daten, die die Interessenten an den Schriftführer des Verbandes einreichen sollen, werden dann weitere Schritte unternommen werden. Zum Schluß berührte Herr Sosnowski aus Krotoschin den edlen Gedanken der Gründung

einer Rettungsinstitution für die Kaufleute, die nicht aus eigener Schuld in Konkurs geraten. Doch wurden aus der Mitte der Versammlung Stimmen laut, die die Schwierigkeit der Verwirklichung dieses Gedankens zeigten, und die die Gründung für unmöglich hielten und hervorhoben, daß diese Institution gewissermaßen einen demoralisierenden Einfluß ausüben könnte. Herr Thomas wandte sich in der Diskussion an den Vertreter des Verbandes der Geschäftsreisenden, der Verband möge seine Mitglieder beeinflussen, daß letztere nicht die Kaufleute zu Einkäufen über den Bedarf hinaus animieren. Auf diese Weise kann man am leichtesten den zahlreichen Konkursen steuern.

Nach der Erschöpfung der Diskussion schloß der Vorsitzende die Versammlung, noch einmal die berührten Sachen zusammenfassend, um 1/8 Uhr.

Aus Nr. 71 des Ogródownik (Posen)

vom 28. März 1909:

IV. Bericht über die Tätigkeit des Informationsbureaus des polnischen Zentral-Wahl-Komitees für das Jahr 1908.

Nach dem Wechsel des Systems im Anordnen der Akten, die auf Wunsch der Landtagsfraktion am Ende des Jahres 1907 gemacht wurde, sind keine großen Veränderungen in dem Material des Informationsbureaus mehr eingeführt worden.

Der Etat der Aufklärung (I) behielt seine 6 Abteilungen, zum Etat der inneren Angelegenheiten (II) wurde infolge der Annahme des Wahlkorparagraphe eine neue Abteilung (12) gebildet. Der Etat der Justiz wurde ebenfalls um eine 4. Abteilung unter dem Titel „Die polnische Presse“ in Preußen vermehrt. Die weiteren 6 Etats unterlagen keiner Veränderung, jedoch der Teil des Informationsbureaus, der hauptsächlich für die Abgeordneten bestimmt ist, gegenwärtig — abgesehen vom doppelten und dreifachen Hefte — 30 Abteilungen zählt.

Die Akten, die für die statistischen Arbeiten und zur Publikation bestimmt sind, sind um eine Abteilung unter dem Titel „Die Wahlagitator“ vermehrt worden und zählen gegenwärtig 29 Rubriken.

Wie früher, so bestand auch in diesem letzten Jahre unser Material aus chronologisch geordneten Zeitungsausschnitten, aus eingesandtem — leider sehr mäßigem — Material, sowie aus den Akten der Prozesse, die die Strafen im öffentlichen und sozialen Interesse durchgeführt hat.

Unsere Akten benutzten in letzter Zeit hauptsächlich die Abgeordneten Napieralski, Miegolewski, Seyda, Brejski und Korsanthy.

Im Laufe des Jahres wurden verschiedene Fingerzeige in betreff der Wahlen aller Art erteilt, mehrere Artikel in politischen, sozialen und völkischen Angelegenheiten publiziert und Berichtigungen und Material an die auswärtigen Zeitungen und Bureaus gesandt.

Auf der Grundlage der Akten unseres Bureaus ist schließlich eine Broschüre in französischer Sprache (1700 procès de presse) herausgegeben worden, die ein klares Bild und eine genaue Statistik der Prozesse und der Strafen der ganzen großpolnischen Presse von der Zeit der Gründung unseres Bureaus, das ist vom 1. Februar 1905 an bis zum September 1908 enthält. Diese Broschüre, die in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt wurde, erhielten alle Teilnehmer an dem internationalen Pressekongress in Berlin, der im Herbst 1908 tagte, und die Presse der ganzen zivilisierten Welt.

Das Informationsbureau wird am 1. April d. J. aufgelöst, weil das polnische Zentral-Wahlkomitee kein Geld mehr zu seiner Unterhaltung hat. Die Akten sollen nach Berlin kommen oder in Posen aufbewahrt werden, je nach der Disposition der maßgebenden Kreise.

Indem wir nach 4 jährigem Bestehen das Informationsbureau des polnischen Zentral-Wahlkomitees schließen, danken wir der polnischen Presse für die kostenlose Zuwendung der Zeitungen und für die kostenlosen Bekanntmachungen, und den Mitgliedern der Gesamtheit, die unsere Institution bis zum Schluß unterstützten, bewahren wir eine aufrichtige Dankbarkeit.

Dr. Thaddäus Jaworski,

früherer Leiter des Informationsbureaus des polnischen Zentral-Wahlkomitees.

Aus Nr. 70 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 27. März 1909:

Die Organisation der demokratischen Elemente.

Von der Notwendigkeit einer Organisation der demokratisch-volksparteilichen Elemente haben wir mehrfach geschrieben. Wir haben auch vor kurzem mitgeteilt, daß die vorbereitenden Arbeiten, die dahin führen sollen, eine solche Organisation ins Leben zu rufen, im Gange seien. Wir beabsichtigten eigentlich nicht, in dieser Angelegenheit schon das Wort zu nehmen, ehe die vorbereitenden Arbeiten vollständig beendet sein würden. Von dieser Absicht brachte uns aber ein in der letzten Nummer des Dziennik Poznański erschienener Artikel ab, der eine Antwort erheischt, da der Artikel über die Beweggründe der Schaffung einer demokratischen Organisation sehr unzulänglich referiert und die Intentionen der demokratischen Elemente oder wenigstens der Gründer der Organisation in gewissem Sinne verzerrt.

Wir bringen daher vor allem die Hauptursachen in Erinnerung, wegen deren wir für die Schaffung einer Organisation der demokratischen Elemente eintreten.

Wer die Geschichte unserer Volksbewegung kennt, der wird zugeben, daß diese Bewegung eigentlich auf einigen Persönlichkeiten basierte. Diese Persönlichkeiten spielten eine so riesige Rolle, daß sie durch die Kraft ihrer Individualität die breiteren Kreise der Anhänger der volksparteilichen Politik völlig in den Schatten stellten. Unterdes haben sich die äußeren Verhältnisse geändert, unter deren Einfluß sich auch die allgemeinen inneren Verhältnisse in unserer Volksgesamtheit umgestaltet haben. Im Zusammenhang damit zerfloß die alte, zwar enge, aber mit einer ebenmäßigen ausgeprägten politischen Physiognomie begabte Volksbewegung in dem breiten Bette der heutigen demokratischen Bewegung, die sich aus ziemlich verschiedenartigen politischen Elementen sowohl hinsichtlich des Temperaments, als auch hinsichtlich des politischen Charakters zusammensetzt. Aber in dieser heutigen demokratischen Bewegung spielen wiederum die entscheidende Rolle wenig zahlreiche Einzelindividuen, und zwar überwiegend Journalisten. Als Vertreter der Presse haben wir weniger als sonst jemand Anlaß, die Presse politisch zu degradieren; aber andererseits wissen wir soweit objektiv zu sein, daß wir einen solchen Stand der Dinge, bei dem die außerhalb der Presse stehenden bürgerlichen Faktoren fast völlig auf den zweiten oder dritten Platz geschoben werden, als korrekt nicht anerkennen können. In Preßorganen, die sich auf eine Gesellschaft oder eine Genossenschaft stützen, steht außerhalb der Redaktion wenigstens noch ein

kleinerer oder größerer Kreis von Bürgern, die mit dem betreffenden Blatte durch das Band der Gemeinsamkeit der Überzeugungen und der Herausgeberinteressen verbunden sind. Wir haben aber doch auch solche Zeitungen, die faktisch auf einer Person, auf der des Herausgebers und Redakteurs basieren. Es kann, wie uns scheint, keinem Zweifel unterliegen, daß eine korrekte Entwicklung der gegenwärtig nicht kristallisierten demokratischen Bewegung durchaus verlangt, daß breiteren Kreisen von Bürgern, die nicht unmittelbar mit der oder jener Zeitung Fühlung haben, eine freiere politische Stimme und ein größerer politischer Einfluß gewährt werden.

Weiter spricht für die Organisation der demokratischen Elemente der Umstand, daß gerade diese einer Organisation entbehrenden Elemente allzu leicht sich zersplittern und in der Folge unbewußt das Terrain für demagogisches Auftreten schaffen. Die auf das Land gestützten konservativen Elemente können auch ohne Organisation eine gewisse geschlossene Armee bilden: das bewerkstelligen die nahen gesellschaftlichen Beziehungen der Gutshöfe einer Gegend und der starke unmittelbare oder mittelbare Einfluß auf die ländliche Bevölkerung. Von den demokratischen Elementen kann man das nicht sagen. Diese Elemente stellen erst dann eine tatsächliche Macht dar, wenn sie in Cadres solidarischer Truppen organisiert sind. Wenn jemals eine demokratische Organisation nötig gewesen ist, so jetzt, wo das neue Wahlreglement den konservativen Elementen den Mißbrauch des Einflusses auf das überwiegend politisch noch nicht gebildete Volk erleichtert hat.

Man sagt, die Schaffung von parteipolitischen Organisationen vertiefe die Unterschiede der Überzeugungen im Schoße der Volksgesamtheit und setze diese leidenschaftlichen inneren Kämpfe aus. Das liege nicht im Interesse unserer Volksgesamtheit, die genötigt sei, zu einem unablässigen angestregten Kampfe gegen den äußeren Feind. Auf dieses Argument antworten wir mit dem geradezu abschreckenden Beispiel des Sturmes im Wahlkreise Schroda-Schrimm, der nicht mit so ärgerniserregender Leidenschaftlichkeit entfesselt worden wäre, wenn die demokratische Bewegung organisiert und seine Presse einmütig gewesen wäre. Unseres Erachtens wird die Organisation der demokratischen Elemente, sofern sie durch eine achtungsgebietende, des Vertrauens sich erfreuende Leitung der Aufgabe gerecht werden wird, der demokratischen Bewegung und der ganzen Volksgemeinschaft so manche gefährliche politische Erschütterung ersparen.

Und damit ist die Sache noch nicht abgetan. Von allen Seiten her erheben sich Klagen über die Planlosigkeit unserer Wahlkampagne, deren Ergebnis bezüglich der persönlichen Zusammensetzung der Fraktionen allzu zufällig ist, als daß diese mit hinlänglichem Nutzen für die Volksgesamtheit arbeiten könnten. Wenn in dieser Hinsicht Besserung der Verhältnisse eintreten soll, so kann das einzig mit Hilfe einer Organisation der demokratischen Elemente einerseits, der konservativen Elemente andererseits geschehen. Nur das politische Kollektivgehirn, welches die Gesamtgestalt der Situation umfaßt, kann sich über alle „Kreis-“ und „Parochial-“ Rücksichten erheben und Kandidaturen im Auge haben, welche imstande sind, in der Fraktion einen recht-schaffenen Abgeordnetenkonnex zu schaffen.

Schließlich erinnern wir an die so vielfach besprochene Angelegenheit der sogenannten höchsten nationalen Instanz, welche sich des Vertrauens der Allgemeinheit erfreute und auf dieser Grundlage das entscheidende Wort nehmen könnte in so wichtigen Momenten, wie es der Schulstreik, die Einbringung des Enteignungsentwurfs usw. waren. Bekanntlich haben der Abgeordnete Napieralski und Prälat

Wawrzyniak geraten, eine solche allerhöchste nationale Instanz ins Leben zu rufen auf der Grundlage der allgemeinen Wahlen bzw. durch Erweiterung der Zuständigkeit der obersten Wahlbehörden. Beides wäre, wie wir schon mehrfach dargetan haben, ein politischer Fehler, der sich an der Volksgesamtheit arg rächen müßte, statt ihr zu helfen. Wenn es sich um eine einmütige Aktion in politischen Hauptangelegenheiten handelt, wo die Ansichten extrem auseinandergehen können, da gilt es, die verschiedenen politischen Richtungen unter einem einträchtigen Namen zu bringen, und das kann einzig geschehen durch ein redliches gegenseitiges Sichverständigen dieser politischen Richtungen, in unseren Verhältnissen also der demokratischen und der konservativen Organisation. Das Bestehen dieser Organisationen halten wir für die Grundbedingung des Entstehens jener höchsten nationalen Instanz.

Aus allen diesen Gründen sind wir für das Sichorganisieren der demokratischen Elemente. Wir wissen übrigens wohl, daß in konservativen Kreisen die Notwendigkeit der Schaffung einer konservativen Organisation schon seit längerer Zeit diskutiert wird.

Was für Folgen wird alles das nach sich ziehen! Der Dziennik Poznański hat recht, wenn er schreibt, daß die demokratische Organisation „nach dem entschiedenen Übergewicht in unserem politischen Leben streben wird“. Nach diesem Übergewicht strebt jedes politische Lager. Der Dziennik irrt aber — so hoffen wir — indem er die Vermutung äußert, „jeder Kreis werde der Schauplatz einer hartnäckigen und wütenden Wahlagitation werden“. Schon bei der letzten allgemeinen Reichs- und Landtagswahl mieden die demokratischen Elemente schärfere Zusammenstöße mit den konservativen Elementen, wo dies irgend möglich war. Die demokratischen Elemente zeigten dagegen und werden sie zweifellos auch fernerhin zeigen, Energie und Unversöhnlichkeit da, wo man politische Tendenzen zu bekunden suchte oder zu bekunden suchen wird, welche der ganzen heutigen prinzipiellen nationalpolitischen Linie unserer Volksgemeinschaft zuwiderlaufen.

Daß die demokratischen Elemente auch nach ihrer Organisierung die nationale Solidarität gegenüber dem äußeren Feinde an die Spitze ihrer politischen Gebote stellen werden, das brauchen wir wohl kaum hervorzuheben. Zum Schluß stellen wir fest, daß der Dziennik Poznański sein eventuelles Verhältnis zu den künftig organisierten Lagern so vorzeichnet:

„Unsere unbedingte Unterstützung werden die Bestrebungen der rechten oder der linken Seite haben, welche nach unserem Dafürhalten der nationalen Sache die schätzenswertesten Dienste leisten werden.“

Es ist natürlich eine sehr elastische Bestimmung, die zu nichts Konkretem verpflichtet. Die Redaktion des Dziennik Poznański wollte ihre Unparteilichkeit hervorheben. Wir glauben an ihre unparteiischen Intentionen, sind aber nicht minder davon überzeugt, daß die Verhältnisse die Redaktion früher oder später zu etwas ganz anderem zwingen werden. Wer diese Verhältnisse kennt, kann darüber nicht im Zweifel sein. Das übrige wird ja die Zukunft zeigen.

Aus Nr. 71 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 30. März 1909:

Das neue Wahlreglement in der Praxis.

Diejenigen, die das neue Wahlreglement erdacht und durchgebracht haben, wußten, was sie taten. Es war von vornherein klar, daß es ihnen daran lag, Großpolen in einzelne Lager zu zerteilen, in denen dieser oder jener Großmogul das Kommando haben sollte.

Auf diese Weise allein war es möglich, die breiten Massen des Volkes ins Joch zu bekommen und sie für die Ziele zu gewinnen, die den verbliebenen Anhängern der Versöhnungsära verschweben.

Wie sie es beschlossen haben, so haben sie es auch gemacht. In aller Stille, ohne Lärm, haben sie das Wahlgesetz, das in mancher Beziehung schlimmer ist als verschiedene preussische Ausnahme Gesetze und das in seiner Art dem Maulkorbgesetz ähnelt, denn den Wählern des einen Bezirks ist es nicht gestattet, tätigen Anteil in einem anderen zu nehmen. Die Einteilung in kleine Bezirke, angeblich im Interesse der Landbevölkerung, muß von Natur der Sache aus zu einer gemeinen Komödie werden, was erst kürzlich u. a. auch der Kreis Kofen bewiesen hat. Am 25. d. M. veranstaltete das dortige Kreiswahlkomitee vier Versammlungen zu derselben Stunde, um auf diese Weise die Opposition zu zerbrechen und die Kräfte zu spalten. Das ist ihm auch vollends gelungen, denn die Herren Dr. Nowakowski und Direktor Lopiński setzten in Kofen alles durch, was ihnen gefiel. Es wurden solche Komiteemitglieder gewählt, die in den Augen dieser Führer Gnade fanden. Besonders auffällig war es, daß man zu diesen Versammlungen keinen Abgeordneten eingeladen hatte.

Diejenigen, die von den Rechten der Landbevölkerung sprachen, erbrachten nunmehr den Beweis, daß es ihnen um etwas Anderes zu tun ist. Und diejenigen Delegierten, die blindlings auf die Phrasen eingegangen waren, sahen jetzt, daß sie, für das schändliche Reglement stimmend, einen Fehler begangen hatten.

In anderen Kreisen, in denen gegenwärtig Versammlungen abgehalten werden, ist es nicht besser als in Kofen. In die Komitees werden fast überall willige Werkzeuge der großköpfigen Konservativen hineingewählt; wir können uns deshalb vorstellen, was für Delegierte das sein und was wir in Zukunft in Berlin für Volksvertreter haben werden.

Nach unserer Meinung mußte das neue Wahlreglement für ungültig erklärt werden. Weil es auf illegale und unrechtmäßige Weise durchgebracht worden ist, wäre seine Umstößung eine wahrhaft bürgerliche Tat. Mit Recht ist in Kofen gesagt worden, daß das neue Reglement ein Reglement der Delegierten und nicht der Wähler sei, denn niemand habe die Wähler gefragt, ob sie seine Änderung wünschten oder nicht. Es müßte in dieser Angelegenheit so bald als möglich eine Verständigung aller der Elemente herbeigeführt werden, die es nicht haben wollen, daß wieder Zeiten eintreten sollten, die glücklicherweise zu der nie wiederkehrenden Vergangenheit zu gehören schienen.

Aus Nr. 70 des Postep (Posen)
vom 27. März 1909:

Die deutschen Zeitungen berichten, daß der Verband der deutschen Katholiken auf die Initiative des Direktors der Taubstummenanstalt, Radomski in Posen hin in Marienbrunn bei Pleschen eine Erziehungsanstalt für katholische Knaben einrichten werde. Die Anstalt werden Franziskaner leiten. In der Anstalt sollen überwiegend Knaben aus den deutschen Großstädten, wie Berlin, Breslau usw. erzogen werden. Die Franziskaner sollen aus Bleyerheide bei Aachen in der Rheinprovinz kommen. Marienbrunn gehört der Ansiedlungskommission. Wie die deutschen Zeitungen berichten, erklärte sich mit der Gründung die Regierung und die geistliche Behörde einverstanden. — Von dieser Gelegenheit schrieben wir schon einmal früher. Die

genannte Anstalt soll am 1. Juli d. J. eröffnet werden und eine neue Etappe im Werke der Germanisierung des Großherzogtums bilden mit Hilfe von katholischen Mönchen. Die Anstalt soll die Frucht der Tätigkeit hiesiger deutscher Katholiken sein, die zu dem berühmten Verband gehören, der nichts Anderes ist, als eine Filiale des Vereins der Katantisten in katholischer Umhüllung. Die Regierung hat bisher die Niederlassung der katholischen Orden nicht gestattet; aber wenn sie sich in den Ansiedlungen niederlassen, hat sie nichts dagegen. Wir wundern uns, daß unsere geistliche Behörde sich mit solchen Germanisationsgelüsten einverstanden erklärt. Sie konnte doch der preußischen Regierung offen erklärt haben, „wozu hier deutsche katholische Anstalten gründen, in welchen Knaben aus dem Innern Deutschlands erzogen werden sollen, wenn wir hier für unsere Jugend und unser Volk eine Fürsorge gebrauchen und polnisch-katholische Klöster nötig wären.“ Die geistliche Behörde ist jedoch mit allen Germanisationsbefehlen einverstanden.

Aus Nr. 70 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 27. März 1909:

Die Pension Danyż.

Am heutigen Tage wurde die Danyż'sche höhere Töchterchule geschlossen. Über 300 Schülerinnen wurden mittags nach Hause geschickt.

Diese Kunde findet einen ergreifenden Wiederhall in den Herzen des ganzen Landes und vor allen Dingen in den Herzen unseres Großherzogtums, dem die Anstalt durch eine bedeutende Reihe von Jahren tüchtige Mitarbeiterinnen lieferte.

Wir alle waren auf diesen Ausgang vorbereitet, und dennoch ist es schwer, sich mit dem Gedanken zu versöhnen, schwer zu glauben, daß dieses schon geschehen ist, und daß man uns wirklich diese geliebte Pension nahm, mit welcher uns schon von Kindheit an so viele herzliche Bande verknüpften!

2000 Schülerinnen weisen die Bücher der Anstalt vom Jahre 1871 (eigentlich von 1879 ab, denn erst seit dieser Zeit existieren richtige Eintragungen) aus, als nach Frau Herwig und später Frau Poplinska die Leitung der Schule Fräulein Danyż übernahm. Eine stattliche Anzahl, wenn wir bedenken, mit welchen Schwierigkeiten die polnische Schule ununterbrochen zu kämpfen hatte.

Es ist zu viel Schmerz im Herzen vorhanden, um eine ausführliche Geschichte des Pensionats zu schreiben, zu tief ist der Anblick unserer weinenden Kinder uns in die Seele gedrungen, die den eigenen Schaden nicht einmal begreifen können und doch so unlustig diese Zwangsferien begrüßten.

Über der Trauer und dem Schmerze herrscht jedoch das Gefühl tiefer Dankbarkeit, welches gleich mir heute unzweifelhaft alle die besitzen, welche in den geliebten Mauern ihre Studien beendeten, oder deren Kinder sich hier bildeten. Möge es mir erlaubt sein, nicht nur in meinem, sondern auch in ihrer Namen zu danken für die gesunden Saatkörner, welche die verehrten Leiterinnen in unsere oder unserer Kinder Herzen mit liebender Hand geworfen haben. Ehre ihrer unermüdlischen Arbeit — ewiges Angedenken der unvergeßlichen Leiterin, deren Fürbitte dort oben uns Gnade erwirken möge, damit wir sie vertreten und unsere Kinder für das Unrecht, das ihnen heute geschieht, entschädigen.

Den 26. März 1909.

Rosa Erzepki.

Aus Nr. 72 des Lech (Gnejen)
vom 31. März 1909:

Unsere Damen versündigen sich oft in strafwürdiger und anstößiger Weise gegen die Losung: „Jeder zu dem Seinen.“ Gestern waren wir Zeugen, wie vor einem jüdischen Laden in Gnejen mehrere junge Leute standen und das vorübergehende Publikum aufmerksam machten, daß Fräulein K. sich in dem jüdischen Laden befinde. Man teilt uns ferner mit, daß auch eine andere Dame der Intelligenz mit Vorliebe fremde Geschäfte besuche. Ob angesichts dessen die Worte unseres Poeten nicht wie eine bittere Ironie klingen:

O, noch ist das Vaterland nicht verloren,
Solange unsere braven Polinnen leben!

Aus Nr. 70 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 28. März 1909:

Ein neuer Kriegerverein

soll in Kruszyn für die Orte Kruszyn, Pawlowko, Dombrowka, Strzelewo, Nowiec und Strzelewo-Kolonie im Kreise Bromberg gegründet werden. Zu diesem Zwecke wird Sonntag, den 28. d. M., in Kruszyn eine Versammlung stattfinden. Die Einladungen sind von den Herren Leutnant Berendt, R. Diez, Professor Dr. Jeschonnek, Polizeirat Klose und Kommissar Scheuermann ergangen. Diese Herren haben die Einladungen auch den Polen zugesandt und sie im Namen der Kameradschaft und verschiedener deutscher Ideale aufgefordert, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Sie haben jedoch vergessen hinzuzusetzen, ob uns Polen durch den Eintritt in den Kriegerverein erlaubt sein wird, von der Ansiedlung Land zu kaufen, Häuser zu bauen, in den Versammlungen polnisch zu sprechen und ob die Kinder in der Schule das Beten polnisch lernen und daß wir sodann als Polen einträgliche amtliche Stellen erhalten. Ein wackerer Landsmann, so wird uns aus Strzelewo geschrieben, fragte, als man ihn zum Eintritt in den Kriegerverein überreden wollte, ob sie den ausgedienten polnischen Soldaten erlauben würden, polnisch zu sprechen, zu bauen usw.

Darauf erhielt er die Antwort, daß man ihm dieses nicht versprechen könne. Dann nicht, antwortete unser Landsmann. Und mit Recht. Jeder müßte so sagen, wenn sie ihn in Versuchung führen. Dafür, daß wir schwer dem Vaterlande als Soldaten dienen, werden wir bedrückt wie Sklaven, und dann kommen sie und sprechen von der Kameradschaft. Nein, wir können mit euch zusammen nicht leben, wir können euch nicht lieben und zu Ehren dieses Vaterlandes schreien, welches nicht unsere Mutter, sondern unsere Stiefmutter ist. Wir wundern uns nicht, daß ihr Kriegervereine gründet, denn ihr habt Grund, dieses Vaterland zu lieben, welches euch mästet, uns aber bedrückt, und dumm wäre der Pole, der zu euch gehen würde, denn wir müßten ihn verachten wie einen Menschen, welcher sich selbst nicht achtet.

Aus Nr. 65 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 21. März 1909:

Das Bromberger Baugenossenschaftshaus.

Wer die Lage der polnischen Vereine, die kein Versammlungslokal besitzen, kennt, der wird es begreiflich finden, weshalb in Bromberg die Baugenossenschaft so schnell entstand und aus welchem Grunde sie sich so eilig, beinahe fieberhaft ans Werk machte, der

wird sich auch nicht wundern, daß sie mit kleinem Kapital ein Haus für 125 000 Mark kaufte, um vor allen Dingen dem dringendsten Bedürfnisse abzuhelfen.

Wäre man nicht entgegen aller Voraussetzung getäuscht worden, so könnte man das Unternehmen der Baugenossenschaft sogar als ein gutes Geschäft bezeichnen. Die Behörde hat jedoch ihre schirmende Hand darauf gelegt und durch das Versagen des Konsenses zum Ausschank von berauschenden Getränken die Genossenschaft fast zur Ratlosigkeit gebracht. Dem Vorstand der Genossenschaft stand eine traurige Zeit bevor und zwar nicht nur der verwickelsten Erwartungen wegen, sondern auch deshalb, weil ihm seitens der Anteilhaber Vorwürfe gemacht wurden. Man hob besonders hervor, daß ein Kontrakt abgeschlossen wurde, ohne sich vorher den Konsens zu sichern.

Dieser scheinbar berechtigte Vorwurf schwindet immer mehr, wenn man in die gegebenen Verhältnisse eindringt. Das Haus wurde aus deutscher Hand gekauft und der Besitzer ließ sich auf keine Bedingungen ein, andererseits konnte man sich kein besseres Fördern der polnischen Interessen denken. Da übrigens damals die Erteilung des Konsenses nicht mit so vielen Schwierigkeiten verknüpft war, als ein halbes Jahr später, hat sich die Genossenschaft leicht zum Kaufe entschlossen.

Nunmehr standen wir vor der Eventualität, entweder das erworbene, unbewegliche Besitztum mit einem bedeutenden Geldverluste der durch Anteile zusammengebrachten Summe, außerdem noch einem größeren moralischen Verluste, da man für längere Zeit das polnische Leben in den Grenzmarken, das in schnellem Lauf zu fließen begann, untergraben hätte, zu verkaufen, oder nach Mitteln zu suchen, unser Eigentum auch ohne Konsens zu erhalten, was ebenfalls mit Geldopfern verbunden gewesen wäre. Die Entscheidung war umso schwieriger, als es unter 450 Anteilhabern solche gab, die es vermochten, und die auch freudig die 50 M für die allgemeine Sache opfern wollten, andere dagegen nicht in der Lage waren, auch nur einen Groschen ohne merklichen Nachteil für ihre Familie zu geben. Der Gedanke des Kaufes eines Hauses durch die Genossenschaft entflammte solchen Eifer, daß sogar die armen Leute mit ihren wenigen Groschen herbeieilten. Die Generalversammlung der Genossenschaft, die Ende des verflossenen Jahres stattfand, beschloß, der Stimme der öffentlichen Meinung folgend, eine Erhöhung der Anteile. Der Vertreter der Arbeiter erklärte wiederholt in warmen Worten die Bereitwilligkeit zu weiteren Opfern. Seitens der Anteilhaber erfreute sich der Beschluß der Generalversammlung mit nur wenigen Ausnahmen der Anerkennung, obwohl zugegeben werden muß, daß es für manchen ein großes Opfer war.

Dafür hat der Vorstand mit dem Aufsichtsrat zusammen keine Mühe gescheut, um den abgekrakten und vernichteten Saal zu einem erträglichen Aufenthaltsorte ersprißlicher Arbeit umzugestalten.

Mit großer Anerkennung muß hervorgehoben werden, daß die Bromberger Industriellen diese Arbeit für einen ungemein niedrigen Preis musterhaft ausführten. Wenn alle Anteilhaber, so wie wir, Zeugen von so viel Eifer und Opferwilligkeit gewesen wären, so glauben wir, würden sie die Groschen für das Genossenschaftshaus, die ihnen die mißlichen Umstände abzwangen, niemals bedauern. Jetzt stehen wir wenigstens auf einer sicheren Basis und können unser Eigentum ohne weitere Opfer erhalten, falls wir alle solidarisch Mitglieder der Genossenschaft bleiben.

Wenn wir auch unsere Hintansetzung durch das Versagen des Konsenses fühlen, so hat uns gerade dieser Umstand gezwungen, in Betracht zu ziehen, was für ein Haus dasjenige sein soll, in dem unsere Vereine sich aufhalten und zwar, ein polnisches Haus und keine

Bierstube! Man hat uns zu dem Grundsatz geführt, der schon längst in unserem öffentlichen Leben herrschen sollte: „Fort mit dem Bierglase, das den freien Gedankengang und die nüchternen Sinne hemmt!“

Bei Wasser und Tee werden wir das polnische Haus am sichersten erhalten. Fort mit dem Gedanken an den Konsens. Wer trinken will, der möge privatim trinken, öffentlich zu trinken, das geziemt sich nicht, das möge ein Hauptparagraph in unseren Vereinssatzungen sein.

Aus Nr. 69 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 27. März 1909:

Preussische Gerechtigkeit.

Aus Obludno wird uns mitgeteilt, daß die dortige evangelische Schule von 110 katholischen und von nur 2 evangelischen Kindern besucht wird. Man sollte meinen, daß unter solchen Verhältnissen die Behörde selbst für die katholischen Kinder etwas tun wird. Wenn es sich um Protestanten handeln würde, dann wäre das etwas Anderes. Gegenwärtig ist ein Wechsel in der Lehrperson eingetreten, es kommt wieder ein Protestant her.

Allen denjenigen, die geneigt sind, an die Unparteilichkeit der Regierung zu glauben, empfehlen wir diesen Beweis der Gleichberechtigung, insbesondere unseren kirchlichen Behörden, die der Regierung so sehr vertrauen.

Aus Nr. 68 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 24. März 1909:

In Sachen von Kruszewo

hat man uns Briefe vorgelegt, in denen Herr Stefan v. Goezendorf-Grabowski, der gegenwärtig schwer krank liegt, entschieden erklärt, er habe Kruszewo ausschließlich für sich erworben. Herr v. Grabowski beabsichtigt, persönlich in Kruszewo Wohnung zu nehmen, für den Fall jedoch, daß die Stimmen nicht verstummen sollten, die ihn böser Absichten bezichtigten, sei er in jedem Augenblick bereit, Kruszewo irgendeinem der polnischen Institute abzutreten, unter den Bedingungen, unter welchen er aus den Händen des Grafen Potulicki es übernommen habe. Man hat uns auch dahin informiert, daß Herr v. Grabowski polnische Beamte habe. Kruszewo verwalte Herr Binder, ein Pole, ein Bruder des Herrn Rechtsanwalts Binder aus Lemberg.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 36 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 25. März 1909:

Wie konnte man so etwas tun?

Es ist bekannt, daß die preussische Regierung von den Wohltaten, die sie auf Grund des neuen Gesetzes über die Gehaltserhöhung den katholischen Präpsten und lutherischen Geistlichen zuerkannt hat, unsere polnischen Diözesen, also die Kulmer Diözese sowie die Erzbischöfen Gnesen und Posen, ausgeschlossen hat. In diesen drei Diözesen werden die Geistlichen von der Regierung weniger als Diener Gottes, sondern mehr als preussische Beamten behandelt, und nur derjenige katholische Propst erhält eine Gehaltserhöhung, der sich die Gnade des Herrn Finanzministers erwirbt.

Daß die preußische Regierung und ihre konervative und liberale Landtagsgarde ein derartiges Gesetz geschmiedet hat, ist nicht zu verwundern. Man hätte sich nur wundern können, wenn sie das in Anbetracht der bisher gegenüber den Polen geübten Politik nicht getan hätte. Aber merkwürdig ist, daß die Erzhirten dieser Diözesen sich mit diesem Gesetz einverstanden erklärt haben, als der Minister gesagt hat, daß im Falle der Widerlegung das ganze Gesetz fallen würde, und dann wäre nicht nur die Geistlichkeit in den polnischen Diözesen, sondern in ganz Preußen von den allgemeinen Wohltaten des Gesetzes über die Gehaltserhöhung ausgeschlossen gewesen. Das hat Herr Kardinal Kopp im Herrenhause erklärt.

Wir wollen auf die Motive der Diözesanoberhäupter, die sie zu einer derartigen Nachgiebigkeit bewogen haben, nicht eingehen, aber was sie auch dazu bewogen haben mag, für die katholische Sache ist es nicht gut. Fast alle polnischen Blätter und mit ihnen Millionen polnischer Diözesanen hegen einen tiefen Groll gegen unsere Diözesanoberhäupter, weil sie für das Wohl der deutschen Diözesanen das Interesse der polnischen Diözesen geopfert haben.

Offenbar sind unsere Erzhirten davon überzeugt, daß unsere polnischen Geistlichen die himmlischen Güter für die preußische Regierung nicht opfern werden. Das ist wohl wahr, aber nach unserer Ansicht dürfen dort keine Konzessionen gemacht werden, wo es sich um die Verletzung der Rechte der katholischen Kirche handelt. Sobald das Gesetz selbst, indem es die polnischen Geistlichen von den allgemeinen Wohltaten ausschließt, ungerecht ist, was jeder unparteiische Mensch zugeben wird, dann dürften diese Rechte nicht geopfert werden mit der Begründung, daß sonst die Geistlichen aus den deutschen Diözesen Schaden erleiden würden. Die Rücksichten auf das allgemeine Wohl der katholischen Seelen hätten größer sein müssen, als die Rücksichten auf das zeitige Wohl der katholischen Seelsorger.

Für die Konzession, welche die Erzhirten und Oberhäupter unserer Diözesen der preußischen Regierung gemacht haben, werden weder die Diözesanen noch sogar die preußische Regierung dankbar sein. Wenn derartige Konzessionen der preußischen Regierung auch zu Dutzenden gemacht würden, so würden sie für sie noch nicht ausreichen, um einen Landsmann (einen Polen) zum Erzbischof auf dem Throne Adalberts zu ernennen. Solche Konzessionen sind nämlich eine Politik der Schwäche, also eine ungesunde Politik, und mit einer derartigen Politik rechnet die preußische Regierung nicht. „Man gebe dem Kaiser, was des Kaisers ist, aber gleichzeitig muß man auch Gott geben, was Gottes ist.“

Aus Nr. 36 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 25. März 1909:

Zuckau.

Die Beiträge zum Bau eines Lokales für den Volksverein in **Skrzeczewo** wolle man an folgende Adresse senden: Fr. Paschke-Zuckau, Kr. Karthaus. Die Post händigt nämlich nur unter dieser Adresse das Geld aus; ein Prozeß hinsichtlich der Schreibung des Namens ist im Gange.

Aus Nr. 36 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 25. März 1909:

Wiederum ein deutscher Domherr?

Wie verlautet, beabsichtigt der Herr Bischof Dr. Rosentreter den Geistlichen Spors von der St. Nikolai-kirche aus Danzig zum Domherrn zu ernennen. Propst an der St. Nikolai-kirche soll Geistlicher Sawaski von der St. Josephskirche, und Propst an der St. Josephskirche der Kuratus Bialk aus Schidliß werden.

Aus Nr. 37 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 27. März 1909:

Polnische Banken und die Kriegsgefahr.

Von vielen Seiten werden wir unaufhörlich mit Fragen bestürmt, ob beim Ausbruch eines Krieges die in polnischen Banken niedergelegten polnischen Gelder sicher seien. Auf diese Anfragen haben wir nur die eine Antwort: sie sind dort so sicher wie nirgends, so sicher werden sie weder bei dir zu Hause, noch in einem Versteck, noch in Staatsbanken, mit einem Wort, nirgends sein.

Nehmen wir einmal an, daß zwischen Rußland und Deutschland ein Krieg ausbräche. Zur Führung eines Krieges sind drei Sachen erforderlich: Geld, Geld und abermals Geld. Wir wissen, daß im Juliusturm zu Spandau etwa 120 Millionen zu Kriegszwecken niedergelegt sind. Dieses Geld wird aber schon in einigen Tagen erschöpft sein. Wir wissen, daß die deutsche Reichsbank an ewigem Geldmangel krankt. Deutschland hat kein Geld in der Kasse. Es wird also gezwungen sein, für Bargeld zu sorgen. Wenn die Notwendigkeit es dazu zwingt, dann wird es zunächst seinen Blick auf diejenigen Kassen und Banken richten, die unter staatlicher Aufsicht stehen. Das sind die städtischen Kassen, die Kreis- usw. Sparkassen, die Raiffeisenkassen und wie sie alle heißen. Selbstverständlich würden diese Kassen das Geld nicht auf ewig, sondern nur als Darlehn hergeben. Und diese Kassen werden dann nicht fragen, ob das Darlehn sicher ist. Die von den staatlichen Behörden ausgestellte Quittung genügt ihnen vollkommen.

Wenn Deutschland den Krieg verspielen würde — na, dann „ade Geld“, die Kassen werden es nicht mehr zu sehen bekommen, denn woher sollte Deutschland das Geld nehmen? Denn wenn es den Krieg verspielt, dann müßte es Millionen an Kriegskosten bezahlen. Auch würden diese Kriegskosten Deutschland soviel Kopfschmerzen verursachen, daß es an die Rückgabe der den Banken entnommenen Darlehen nicht denken könnte.

In Gottes Hand liegt es, wer im zukünftigen europäischen Kriege siegen wird. Doch den Vorsichtigen schützt Gott, und deshalb ist es am besten, das Geld in polnischen Banken unterzubringen, denn dort ist es am sichersten. Dort hat die preußische Regierung keinen Zutritt, und wenn sich die preußische Regierung im Bedarfsfalle an die polnischen Banken um Geld wenden sollte, dann müßten die Vorstände und die Aufsichtsräte, die beschließen wollten, der Regierung Geld zu geben, völlig den Verstand verloren haben. Sind denn nicht schon heute die polnischen Banken den Preußen ein Dorn im Auge, wird denn nicht den Beamten, ja sogar den bei staatlichen Instituten beschäftigten Arbeitern befohlen, aus den polnischen Banken auszutreten?

Wir bezweifeln jedoch, daß die Regierung auch im größten Notfalle alle Scham abstreifen und sich

erdreisten sollte, zu uns mit der Bitte um Geld zu kommen. In jedem Falle muß dann die Lösung sein, „keinen Pfennig zu geben.“ Nehmen kann sie das Geld nicht, also ihr seht, daß die einzigen sicheren Stellen zur Unterbringung des Geldes die polnischen Banken sind.

Aus Nr. 37 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 27. März 1909:

Dankagung.

Pudewitz, den 21. März 1909.

Geehrte Redaktion!

Die freiwillige Unterstützung nach dem Tode meines Mannes in Höhe von 150 M habe ich erhalten. Hier in Pudewitz wollten viele nicht glauben, daß die Gazeta Grudziadzka eine solche Unterstützung den Witwen ihrer infolge Unglücksfalles verstorbenen Abonnenten zahlt. Aber jetzt müssen sie es glauben, und mancher beneidet mich. Deshalb hoffe ich auch, daß jetzt bei uns die Zahl der Abonnenten der Gazeta Grudziadzka bedeutend zunehmen wird. Und ich werde meine liebe Grudziadzka bis zum Tode nicht verlassen, und zwar aus reiner Dankbarkeit für die mir gewährte Unterstützung. Denn was hätte ich anfangen sollen in meiner Not, die mich unverhofft getroffen hat, ohne diese Unterstützung seitens der Gazeta Grudziadzka? Ich danke also Gott, daß er uns einen solchen Verlag gegeben hat, der die armen Leute in ihrer traurigen Lage rettet. Darum werde ich auch Gott bitten, daß die Zahl der Abonnenten der Gazeta Grudziadzka in kürzester Zeit die gewünschte *) Höhe erreicht. Nochmals danke ich dem geehrten Verlag mit ganzer Familie und verspreche, daß ich mit allen Kräften für die Gewinnung neuer Abonnenten der Gazeta Grudziadzka sorgen werde. —

Achtungsvoll
Agnes Lisiewska.

Aus Nr. 24 des Mazur (Ortelsburg)
vom 25. März 1909:

Unsere Masuren müssen Deutsche werden!

Das ist die Lösung, die in Masuren ausgegeben wird. Wer es nicht glaubt, der lese das Buch des Geistlichen Hensel „Die evangelischen Masuren“, der lese den „Pruski Przyjaciel“, der lese die hafatistischen Blätter, und er wird sich davon überzeugen.

Die polnischen Masuren sind nicht gefragt worden, ob sie wollen oder nicht wollen, sondern es ist gesagt worden, sie müssen es werden!

Wir sagen dagegen, daß die Masuren gute Evangelische, treue Untertanen und brave Landesbürger sein können, daß sie mit den Deutschen in Frieden leben können, aber Deutsche brauchen sie nicht zu werden!

Wer sich nicht verdeutsch will, wer seine Muttersprache liebt, wer nicht haben will, daß diese unsere schöne Muttersprache, in der unsere Vorfahren ganze Jahrhunderte zu Gott gebetet haben, völlig ausstirbt, der bestelle, unterstütze und verbreite eifrig den „Mazur“.

Der „Mazur“ sagt: Dem König, was des Königs ist, den Deutschen, was der Deutschen ist, den Masuren, was masurisch ist.

Der „Mazur“ ist von Anfang an in der Verteidigung des Polentums in Masuren aufgetreten, und

*) Die Gazeta Grudziadzka will ihre Abonnentenzahl auf 100 000 bringen. — Die Red. d. Gef.-Ab.

niemand hat ihn von diesem Wege abgebracht, denn dieser Weg ist der Weg der Gerechtigkeit und der Wahrheit!

Aus Nr. 26 des Mazur (Ortelsburg)
vom 1. April 1909:

Der Tod eines Germanisators.

Teichen in Österreich-Schlesien.

Hier ist der Herr Superintendent Dr. Haase gestorben. Der Verstorbene hat zu den verbissensten Germanisatoren gehört und hat zur Germanisierung der dortigen evangelischen Polen zwei hafatistische Blätter in polnischer Sprache herausgegeben, die unserem „Pruski Przyjaciel“ ähneln. Er ist nun gestorben, und es ist ihm nicht gelungen, das Polentum in Österreich-Schlesien anzurotten.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 71 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 28. März 1909:

Versammlung der polnischen Wahlkomitees und der Vertrauensmänner für Stadt und Kreis Gleiwitz.

Verflorenen Donnerstag fand eine Versammlung des polnischen Wahlkomitees für Stadt und Kreis Gleiwitz samt den eingeladenen Vertrauensmännern in Form einer geschlossenen Gesellschaft statt.

In Vertretung des Vorsitzenden, Herrn Pfarrers Robota aus Giraltowitz, der wegen seelsorgerischer Pflichten am Erscheinen verhindert war, eröffnete und leitete Rechtsanwalt Wolny aus Gleiwitz die Versammlung. Mit kurzen herzlichen Worten begrüßte er die Versammelten, wies auf die Bedeutung der Versammlung hin und erteilte dem Redakteur Siemianowski das Wort, der einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage gab.

Redner bemerkte: Wir versammeln uns in einem Zeitpunkt, in welchem die politische Atmosphäre in ganz Europa beklemmend und schwül ist und ein einziges Fünkchen ganz Europa in Brand setzen kann. Auch vor ungefähr zwei Jahren war die politische Atmosphäre beklemmend und schwül, aber nicht für ganz Europa, sondern vor allem für uns Polen im preussischen Anteil. Damals standen wir vor einem politischen Sturm, welches uns zwei schwere Ausnahmegesetze, und zwar die Enteignung und den Sprachen-Ausnahmegesetzen, kündigte. Das war nicht das erste Sturm, denn seit dem Kulturkampf entfesseln sich fast jedes Jahr über unseren Häuptern politische Stürme und werden politische Angriffe in Form von Ausnahmegesetzen gegen uns gerichtet. Die Hafatisten kündigten uns vor der Enteignung und dem Sprachenparagrafen bestimmt den nationalen Untergang an und errichteten uns schon zu Lebzeiten politische Gräber. Mit Gottes Gnade und durch unsere eigene Gnade aber leben wir sonderbarerweise noch bis jetzt, denn uns verteidigen unsere moralische Kraft und unser polnisches Gefühl.

Weiter streifte Redner die Reichsfinanzreform, die neu aufzubringenden 500 Millionen Steuern, wie schwierig die Sache vorwärts gehe und leicht damit enden könne, daß die Regierungsreform auf eine Sandbank geraten, der Bülow-Block insofern mit der Keule eins vor den Kopf bekommen, sein Schöpfer selbst aber den Abschied nehmen werde. Bei dem Block-

begräbnis würden die Polen keinen Grund haben, auch nur eine Träne zu vergießen, denn die Blockära sei für sie eine fast ununterbrochene Kette von Ausnahmefällen. Aber mit dem Fall des Blocks könne vielleicht auch eine Änderung der allgemeinen politischen Lage eintreten, die auch auf das polnische politische Leben nicht ohne Einfluß sein könne.

Hier ließ sich Redner ausführlich über das Verhältnis der Polen zum Zentrum aus. Er sprach über das polnische Kompromiß mit dem Zentrum während der letzten Landtagswahlen in Oberschlesien, über die Wahl in Bomst-Meseritz im Posenischen, über das zu diesem Zwecke geschlossene Kompromiß der Polen mit den Zentrumsleuten, welches ein Teil der Zentrumsleute nach Beendigung der Wahl ableugnen wollten, und es sei erst eine öffentliche Erklärung der Abgeordneten Erzberger und Graf Oppersdorf notwendig gewesen, um die Sache gehörig aufzuklären. Die Polen müßten sich alles dessen bewußt sein, sie müßten ein aufmerksames Auge darauf haben und derartige, sogar in der Blockära vorkommende Erscheinungen angelegentlich verfolgen in einer Zeit, wo das Zentrum eine der Regierung oppositionelle Partei sei und die Polen sich unter der Fahne des sogenannten Bündnisses zwischen Polen und Zentrum befänden. Mit dem Fall des Blocks könnten sich die Verhältnisse noch mehr zu ihren Ungunsten ändern.

Aber dessen seien sich die Polen auch bewußt, und wenn in letzter Zeit von manchen Seiten die Besorgnis geäußert worden sei, daß bei ihnen in Schlesien die Grenze zwischen Polen und Zentrum werde verwischt werden, daß sogar der frühere Zustand des politischen Zentrumskommandos über die polnische Bevölkerung wiederkehren werde, so müsse entgegnet werden, daß sich die oberschlesischen Polen ihre politische Selbständigkeit unter der Parole der von der Zentrumspartei unabhängigen polnischen Fraktion mit schwerer Arbeit, mit schweren inneren Kämpfen im eigenen Schoße der Volksgesamtheit, mit großen Mühen und Opfern erkämpft hätten, sodaß sie wohl des Verstandes bar sein müßten, wenn sie wieder für die frühere Sachlage arbeiten und die Grenze verwischen würden, die sie vom Zentrum scheide. Solche Strömungen gebe es in der polnischen Volksgesamtheit nicht, und sollten sie wirklich in die Erscheinung treten, was indes bezweifelt werden müsse, so könnten sie sich bei ihnen nicht behaupten, denn solche Strömungen würden in Gegensatz zu ihren — der Polen — nationalen Lebensinteressen und zu der nationalbewußten polnischen Bevölkerung treten.

Andererseits aber könnten sie keine Donquichoterie treiben, d. i. keinen lächerlichen Kampf gegen eine eingebildete, überhaupt nicht bestehende Gefahr führen. Wenn sie gegenwärtig einigermaßen erträgliche Beziehungen zum Zentrum unterhielten, so liege kein Grund vor, unnötige Kämpfe hervorzurufen, denn ihre politische Arbeit könne sich nicht auf einen augenblicklichen Enthusiasmus, auf gelegentliche Erbitterung, auf politische Nervosität stützen, sondern auf politische Besonnenheit und Klugheit, auf eine richtige Beurteilung der Lage im rechten Augenblick und auf ihre Ausbeutung zum Wohle der ganzen Sache. — Das müsse die polnische Marschrouten in ihrer nationalen Politik sein.

Weiter sprach Redner über den Massenkampf, in welchen ihre Nationalität auf allen Gebieten ihres Lebens hineingezogen sei, ermunterte, das polnische Empfinden zu vertiefen, und schloß mit den Worten, daß sie ihren Kindern, wenn sie ihnen auch nicht viel würden hinterlassen können, den guten Namen der Polen, eine unbefleckte polnische Seele belassen sollten, denn dies sei ein großer moralischer Schatz, der ihrer Nation die Zukunft sichere, und bei einem solchen

moralischen Erbe könnten bei Mißgeschick und sogar in den schwersten Lagen Helden erwachsen.

Im weiteren Verlauf erteilte der Vorsitzende Herr Dr. Styczynski, dem Delegierten des Provinzialkomitees, das Wort. Redner ließ sich in längerer, warmer Rede über die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Organisation aus. Er legte den Anwesenden die Sache praktisch dar und betonte, daß ihre nationale Sache von ihnen Arbeit, Opfer und Hingabe verlange. Ein nationalbewußter Pole verstehe dies sehr gut, und wie das preußische System weder Opfer noch Geld zur Rettung des sogenannten „bedrängten Deutschtums“ scheue, so müßten auch sie, obgleich sie ein armes Volk seien, nach dem Maße ihrer Kräfte und ihrer Fonds ihre gute Sache durch Arbeit, Opfer und Hingabe verteidigen. Leider verstanden dies noch ganze Massen ihres Volks nicht, und darum müßten die aufgeklärteren, erfahrenen polnischen Vertrauensmänner die nationale Aufklärung verbreiten und befestigen. Denn ohne diese Aufklärung könnte es mit ihrer Zukunft in zwanzig, dreißig Jahren traurig bestellt sein. Redner schloß seine schöne Ansprache mit einer warmen Ermunterung der Versammelten zur nationalen Arbeit und insbesondere zur Organisierung dieses unentbehrlichen Faktors in dieser Arbeit.

Der dritte Redner war der Direktor der Gleiwitzer Bank, Orlicki. Anknüpfend an die Ansprachen der Vorredner, ließ er sich über die polenfeindlichen Gesetze, über ihre Lage aus, betonte die große Bedeutung, ihre Kinder zu Hause das polnische Gebet und die polnische Bibel zu lehren, sprach die Bitte aus, die polnischen Eltern möchten zu Hause mit ihren Kindern stets polnisch sprechen, und ermunterte mit ebenso warmen Worten, das Lieb zu gewinnen, was ihr, was polnisch sei. Zum Schluß richtete er als Kassierer des Gleiwitzer Komitees an die Versammelten den herzlichen Appell, der Wahlkasse zu gedenken, andere dazu anzuregen, daß sie Wahlbeiträge zu seinen Händen übersenden möchten, damit die Kasse nicht leer wäre, wenn Wahlen stattfänden.

Es folgte eine freie Ansprache, in welcher Herr Kaiser aus Schobischowitz hauptsächlich darauf hinwies, daß sich auch das tschechische Volk nach der Niederlage am Weißen Berge in einer traurigen Lage befunden habe, sich aber durch Arbeit und Ausdauer heute eine angesehene Stellung errungen habe, mit der die Deutschen in Österreich sehr rechnen müßten. Die Polen sollten sich ihre tschechischen Stammbrüder zum Vorbild nehmen.

Herr Rajek aus Tworog drückte den Rednern Anerkennung und Dank für ihre schönen Ansprachen aus und bat, die Versammelten möchten aus ihnen gebührenden Nutzen ziehen und sie zu Hause und in ihrer nächsten Umgebung verwerten.

Herr Morys aus Labund wies auf die Bedeutung der polnischen Zeitungen hin. Er forderte zur Verbreitung und Unterstützung der polnischen Zeitungen auf, die so viel für die polnisch-nationale Sache täten, vielfach so große Mühen und Opfer für das Volk brächten und so wenig Förderung erführen.

Es meldete sich niemand mehr zum Worte. Der Verlauf der Versammlung war günstig, die Stimmung des Geistes und Herzen gehoben, dem Herr Rechtsanwalt Wolny bei der Schließung der Versammlung Ausdruck verlieh, indem er den Versammelten für ihr Erscheinen dankte, sie zur Ausdauer im nationalen Dienst und zur Erfüllung der nationalen Pflichten anspornete, die ihnen als Polen oblägen.

Aus Nr. 74 des Kurjer Śląski (Kattowitz)

vom 1. April 1909:

Das polnische Wahlkomitee

für Stadt und Kreis Gleiwitz berief vor einigen Tagen eine Versammlung ein, in welcher die politische Lage besprochen wurde. Über die politische Lage sprach Herr Josef Siemianowski, der seine politische Laufbahn damit begonnen hat, daß er als Redakteur des „Katolik“ die nationale Bewegung leidenschaftlich bekämpfte, dann zu den Radikalen überging und den „Głos Śląski“ herausgab, jetzt aber nicht nur mit seinem Blatt, sondern auch in Worten ein Abklatsch des „Katolik“ geworden ist. Herr Siemianowski leitete dies Mal seine Rede, wie sonst, nicht mit einem Hinweis darauf ein, wie Sobieski zur Befreiung Wiens gezogen ist, sondern er setzte den Versammelten die Balkanwirren und die serbische Frage auseinander. Was Herr Josef Siemianowski dem Komitee in der serbischen Frage zu beschließen empfohlen hat, das schreiben die „Katolik“-Blätter nicht. Herr Siemianowski geruhte jedoch, auch über unser Verhältnis zum Zentrum zu sprechen, und er bestritt nicht nur, daß Bestrebungen beständen, die Grenzen zwischen den Polen und dem Zentrum zu verwischen, sondern er behauptete auch, daß diese Befürchtungen eine Einbildung seien, daß eine solche Gefahr nicht bestehe, daß diejenigen die davon schreiben, politische Donquixoterie trieben. Unsere Leser wissen, daß wir Tatsachen besitzen, die von einem Bestreben, die Grenzen zwischen Polen und Zentrum zu vermischen, zeugen. Diese Tatsachen kann niemand beseitigen, und wenn Herr Siemianowski nicht ein Abklatsch des Katolik wäre, dann würde er bestimmt anders sprechen. Gerade Herr Siemianowski hat am allerwenigsten ein Recht, Reden dieser Art zu halten und von politischer Eulenspiegelerei zu sprechen.

Schließlich wundern wir uns, wie das Gleiwitzer Wahlkomitee einen Parteikampf in seiner Versammlung zulassen und ihn billigen konnte, denn die Ausführungen des Herrn Siemianowski sind nichts Anderes, als Angriffe auf das ganze politische Lager, welches nicht blindlings der Politik des Katolik folgt. Die Wahlkomitees müssen über den Parteien stehen und selbst den Schatten eines Verdachts vermeiden, daß sie Parteikämpfe führen. Was würde geschehen, wenn ein anderes Komitee eine Versammlung einberufen und in ihr die Beuthener Politik angreifen würde? Es würde eine allgemeine Verwirrung eintreten. Die Wahlkomitees dürfen unter keinen Umständen Partei-Abrechnungen erledigen.

Aus Nr. 73 des Górnosłazak (Kattowitz)

vom 31. März 1909:

Die Generalversammlung des Verbands zur gegenseitigen Hilfe

fand Sonntag, den 28. d. Mts. zu Beuthen im Saale zum „Weißen Adler“ statt. Den Vorsitz führte Herr Wiczorek aus Myslowitz. Nach dem Beschluß der Mitglieder (Delegierten) der Generalversammlung wurde außer den brieflich Eingeladenen niemandem der Zutritt gestattet, ausgenommen einigen schon vorher eingeladenen Gästen. Sogar Herr Polizeikommissar Korda mußte sich entfernen. Der Vorstand und die Generalversammlung mußten sogar gegenüber Mitgliedern und anderen der Organisation Wohlgesinnten so verfahren, weil es das Gesetz verlangt. Eine öffentliche Versammlung durfte nicht zugelassen werden, da sonst nicht in einer verständlichen Sprache hätte verhandelt werden können. In den Vorstand der Generalversammlung wurden außer Herrn Wiczorek noch die Herren Bocionef

und Szylter gewählt. Eingeladen waren 117, erschienen sind 96 Delegierte. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärten sich die Versammelten für die Verschmelzung des „Verbands zur gegenseitigen Hilfe“ mit der „Berufsvereinigung.“

Darauf hielt Herr Dr. Hylla einen Vortrag über diesen Gegenstand. Er betonte, daß die vereinigten Organisationen eine größere Kraft besitzen würden. Die Zeitungen hätten einmütig erklärt, daß sie die vereinigten Organisationen unterstützen würden. Die vereinigten Arbeiter (etwa 50000 mit einem Kapital von 400000 bis 500000 Mark) würden eine größere Kraft besitzen und eher etwas durchführen, als jetzt, wo sie gesondert vorgehen. — Herr Sosinski (von der „Berufsvereinigung“) ließ sich in längerer Rede über die Vorteile der Verschmelzung aus und ermunterte in warmen Worten zur Gründung eines einheitlichen Verbands. Die „Berufsvereinigung“ habe im verflossenen Jahre ungefähr 128000 Mark gespart. Wenn sich die Organisationen verschmelzen, werde man noch mehr Geld des polnischen Arbeiters sparen und die Fonds der Organisation entsprechend stärken und vermehren können. Dadurch würden nicht nur die Organisationen, sondern auch die Arbeiter an Stärke und Ansehen bei den Kapitalisten und Arbeitgebern gewinnen. Für jeden Beruf werde man besondere Abteilungen einrichten können; eine für die Bergleute, eine für die Hüttenleute, und eine dritte für die Handwerker. Es müßten noch andere Abteilungen gebildet werden und zwar: für die Arbeiter im Holzfach, in Papierfabriken, Sägewerken usw., für die Arbeiter im chemischen Gewerbe (Pulver-, Dynamit-, Säurefabriken usw.), für die Arbeiter in der Landwirtschaft und im Forstfach. Jede Abteilung werde einen besonderen Vorstand, ein besonderes Organ und eine eigene Kasse haben. Der Hauptvorstand werde die ganze Organisation leiten und verwalten, er werde helfen, wo es nötig sein werde. — In der Aussprache ergriff Herr Kraska aus Chorzow das Wort und erklärte, daß Änderungen der Satzungen zu häufig vorkämen, die Verwaltung des Verbands zur gegenseitigen Hilfe zu teuer sei, ein Verbandsorgan nicht nötig gewesen sei, weil es viel koste und alle Zeitungen doch den Verband unterstützt hätten. In den neuen Satzungen müßten die Beitragsklassen freiwillig sein, und der Vorstand dürfte nicht das Recht haben, besondere Beiträge aufzuerlegen, ausgenommen im Falle eines Streiks. Man müsse sich mit den anderen, sogar ausländischen Organisationen verständigen, wenn es notwendig sein werde. — Herr Nowicki aus Posen ermunterte zur Verschmelzung mit der Berufsvereinigung. Wenn alle agitieren, Mitglieder werben und die Beiträge regelmäßig zahlen würden, dann würde es für die Arbeiter besser sein, als jetzt, wo sie gesondert vorgehen. — Herr Piecha bemerkte, daß sie gegenwärtig eine große Organisation für die Nachkommen, für ihre Jugend, aufbauten. Diese werde sie nach Gebühr ausnützen können. Das dürfe ihnen nicht leid tun, denn das sei ihre Zukunft. — Betreffend den Namen der vereinigten Organisation lag ein Antrag vor, sie solle heißen: „Berufsverband christlich-polnischer Arbeiter.“ Die Herren Dr. Hylla und Korsanty traten für die Bezeichnung „Polnische Berufsvereinigung“ ein. Kraska aus Chorzow erklärte sich dagegen. Schließlich wurde die zweite Bezeichnung beschlossen. Hinsichtlich der Verbandsfonds lag ein Antrag vor, die Vermögensanteile gesondert zu verwalten, wenigstens eine bestimmte Zeit hindurch, bis sich die Folgen der Verschmelzung zeigen werden. Dagegen erklärten sich die Herren Dr. Hylla und Hanak. Dafür trat Herr Kraska ein, der den Rat erteilte, den Fonds aufzuteilen und in Schlesien das zu lassen, was für das Verbandsmitglied mehr ausmacht, als von dem Vermögen der Berufsvereinigung

auf ein Mitglied dieser Organisation entfällt. Die Herren Sosinski und Rymer (von der Berufsvereinigung) erklären, daß das Geld in den hiesigen Banken verbleiben werde; Herr Wiczorek fügt hinzu, daß die Fonds nicht überwiesen werden würden. Es wurden ein Paragraph der einheitlichen Satzungen nach dem andern und die Anträge der einzelnen Filialen verlesen. Auf Antrag der Filialen Laurahütte und Lagiewnik wurde beschlossen, daß der dritte Teil des Aufsichtsrats der zukünftigen Vereinigung aus der Mitte der hiesigen Mitglieder gewählt werden soll. — Herr Rzepka forderte, daß die Abteilung der Bergleute ihren Sitz in Oberschlesien haben sollen, nicht aber die Hüttenabteilung, wie Herr Sosinski bemerkte. Die Laurahütter Filiale forderte, daß jede Abteilung ihre Beamten besonders wählen solle. — Herr Korfanty führte aus, die Laurahütter Filiale habe den § 8 der Satzungen offenbar nicht verstanden, denn darin handele es sich um die Beamten des Zentralvorstandes. Schließlich einigte man sich dahin, daß die Generalversammlung die Gehälter der Beamten festsetzen, die Abteilung selbst aber die Beamten wählen werde. Die übrigen Paragraphen wurden ohne wesentliche Änderungen angenommen.

An die Generalversammlung gingen folgende Glückwunschtelegramme ein:

Posen. Glück auf zu den Beratungen zwecks Er-
kämpfung (eines besseren Loses).

Grüße.

Die Posener.

Berlin. Glück auf zur segensreichen Verschmelzungs-
arbeit. Einigkeit macht stark.

Die Berliner.

Berlin. Glück bei den Beratungen, besonders in
Sachen der Angliederung des Verbands wünschen den
oberschlesischen Brüdern

die Landsleute an der Spree und Elbe.

Bochum. Wir wünschen den Beratungen günstigen
Verlauf. Möchte Gott die Herzen der polnischen Arbeiter
vereinigen und zu weiterer Arbeit erwärmen. Glück auf.

Die Berufsvereinigung.

Jantowiaf.

Aus Nr. 71 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 28. März 1909:

Auf die Angriffe der Schlesischen Zeitung erwidert der Kollenden-Geistliche, was folgt:

Die Schlesische Zeitung geruhte, sich mit meinen
Artikeln zu befassen, die ich im Kurjer Śląski ver-
öffentlicht habe. Ich hatte gar nicht die Absicht,
auf ihre Anzuspinnungen und Schmähungen zu antworten,
mit denen sie mich so freigebig bedacht hat, und die
sich mit der gepriesenen deutschen Kultur so wenig
vertragen. Wenn ich aber das Wort ergreife, so tue
ich es nur deshalb, damit die geehrten Kollatisten nicht
denken, daß ich durch ihre Auslassungen einfach zermalmt
worden sei und jetzt reuigen Herzens meine während
der Kollende begangenen Sünden beweine. Am
meisten aber fiel mir auf und nötigte mich zur Er-
widerung ihre unbegreifliche Sorge um mich, ich könnte
mein Ansehen bei der Regierung und beim Volke ein-
büßen. Einen solchen Großmut habe ich wahrhaftig
nicht erwartet. Aber leider muß ich ihr verraten, daß
sie bei mir auf keine Anerkennung und Dankbarkeit
rechnen darf, denn mich wird niemand mehr von dem
einmal erwählten Wege durch Bitten oder Drohungen
abwendig machen. Um die Gunst der preussischen
Regierung habe ich nie gebuhlt, ich werde und will
sie auch nie erwerben, denn ich weiß, daß ich sie mir nur

dann erwerben würde, wenn ich der Muttersprache
und der polnischen Nationalität entsagen und zusammen
mit der preussischen Regierung meine Stammesbrüder
entnationalisieren würde. Und in dies einzuwilligen,
verbieht mir meine Menschen- und Priesterwürde.
Vergeblich sind also, liebe Breslauerin, deine Er-
mahnungen. Die Autoritäten jenes Teils unseres
Volks aber, deren praktischer Sinn — wie Du schreibst —
die zahlreichen Vorteile der deutschen Kultur nicht
preisgeben werde, solcher Leute also, die aus materiellen
Beweggründen des zeitlichen Gewinns wegen ihre
Sprache und Nationalität preisgeben, sind heute
Deutsche und morgen vielleicht Ungarn oder Franzosen,
denn ihnen bringt dies mehr Vorteile und Ansehen.
Auf solche Leute verzichte ich sehr gern, und ich weiß,
daß es die Schlesische Zeitung ebenfalls tut. Aber je
größer die Anstrengungen der preussischen Regierung
und die Bemühungen dieser modernen Freunde und
Beschützer unseres Volkes sein werden, die Zahl der
Renegaten zu vermehren, desto mehr werden wir alle
Kräfte aufbieten, daß diese Praktiken immer geringer
an Zahl würden. Auf alle germanisatorischen Gellüste
wird unsere Antwort angestrengte Arbeit an der
Beförderung der Aufklärung und des Nationalbewußtseins
in Oberschlesien sein. Daher auch der unbändige Ärger
bei der Schlesischen Zeitung, daß sie sieht, wie das
Nationalbewußtsein immer mehr erwacht, wie das Volk,
anstatt blindlings in den germanischen Rachen zu kriechen,
Widerstand leistet und seine Sprache und Nationalität
tapfer verteidigt; und dieser ihr Ärger ist deshalb noch
größer, weil sich die Söhne dieses Volkes, die zu irgend
einer höheren Stellung gelangten, früher germanisierten,
heute dagegen sich offen zu ihrer Sprache und Nationalität
bekennen und an der Spitze des Volkes mit ihm für die
Sprache und nationale Existenz kämpfen. Möge mir
die Schlesische Zeitung in diesem Augenblick glauben,
daß weder sie noch ich erleben werden, daß sich das
polnische Volk in Oberschlesien germanisieren wird.
Oberschlesien ist polnisch und wird polnisch bleiben.
Damit sie sich aber wegen dieser Prophezeiung nicht gar
zu sehr gräme, räume ich ihr ein, daß sich ein gewisser
Teil unseres Volkes, welcher zu wenig Widerstand-
kraft besitzt, der Karriere, materieller Vorteile wegen
verdeutschend wird, das pflegt in jeder Volksgesamtheit
einzutreten, und solche Verluste beweint auch die
Schlesische Zeitung. Inmitten eines gewaltigen
Sturmes verliert auch der gesündeste Baum seine
Früchte, aber es fällt nur die faulige und morsche Frucht
ab, die gesunde Frucht hält an ihrem Stamme fest.

Wenn wir unsere Nationalität verteidigen, tun
wir nichts Böses und Strafwürdiges, vielmehr etwas
Lobenswertes und Anerkennenswertes, und wenn die
Schlesische Zeitung aufrichtig und gerecht sein will,
so muß sie mir vollkommen recht geben. Denn schon
wiederholt las ich in ihren Spalten, die Muttersprache,
die Nationalität seien eine heilige Sache, diese Schätze
zu verteidigen sei Pflicht jedes ehrlichen Menschen,
für die nationale Sache zu leiden sei Heldenmut. Wie
oft jammert sie doch über die Landsleute, deren praktischer
Sinn die deutsche Nationalität preisgegeben hat, und
wie laut schrie sie, wenn ihren außerhalb des Deutschen
Reiches wohnenden Landsleuten in nationaler Hinsicht
irgend ein Unrecht geschehen ist, wie warf sie anderen
Nationen Barbarentum und Chauvinismus vor. Und
siehst Du, liebe Kollatistin, was Du von Deinen Lands-
leuten und für sie forderst, das verlangen wir für unsere
Stammesbrüder von der preussischen Regierung, nämlich
Berücksichtigung unserer nationalen Sonderstellung.
Dies zu fordern haben wir als gleichberechtigte Bürger
des preussischen Staats ein Recht, und wenn Du uns
dieses Recht abspricht, bist Du eine große Heuchlerin,
die die elementarsten Grundsätze vergißt. Was Dir

nicht lieb ist, das tu auch keinem andern. Aber ich weiß, was Du mir darauf antwortest: Wenn die preußische Regierung die Polen germanisiert, gibt sie ihnen eine höhere Kultur. Was ist Kultur, und insbesondere preußische Kultur, worin besteht ihre Überlegenheit? Wenn Kultur soviel bedeutet, wie Einbildung, Hochmut, Aufgeblasenheit, Großmütigkeit, Verachtung anderer Nationalitäten, so muß ich zugeben, daß die preußische Kultur höher steht, als die anderer Nationalitäten. Vielleicht erweckt die preußische Kultur bei unserem Volke gewissen Respekt, es hat aber bereits erkannt, und es wird noch besser erkennen, daß eine Kultur, die nicht auf der Nächstenliebe beruht, die keine Achtung dafür besitzt, was dem andern heilig und teuer ist, mit den elementarsten Grundsätzen des göttlichen und menschlichen Rechts im Widerspruch steht, daß eine Kultur, in deren Namen es dir nicht erlaubt ist, auf eigenem Grund und Boden eine Hütte zu bauen, es dagegen erlaubt ist, dich von ihm zu vertreiben, weil du Pole bist, daß eine solche Kultur keine Kultur, sondern vielmehr eine schimpfliche Barbarei ist.

In Zukunft rate ich der Schlesischen Zeitung, nicht Worte der heiligen Schrift in ihren Lästermund zu nehmen, ich kenne die heilige Schrift gut genug und richte mich nach ihr, sie braucht sich also diese Mühe nicht zu geben, möge sie nur die Vorschriften und Lehren der heiligen Schrift befolgen, und sie wird weniger durch Hochmut, Bosheit und Wut sündigen.

Geistlicher R. D.

(Unsererseits haben wir auf die Angriffe der Schlesischen Zeitung sofort geantwortet. Kurz darauf überfandte uns, wie wir erfahren, unser verehrter Priester gleichfalls eine eigene Antwort, leider erreichte uns das Schreiben nicht. Erst nach gegenseitiger Aufklärung überfandte er uns den voranstehenden, infolgedessen etwas verspäteten Artikel. — Die Red.)

Aus Nr. 73 des Górnolazak (Rattowitz)
vom 31. März 1909:

Polnische Eltern!

Wir wissen, daß die preußischen Schulen dazu beitragen, unsere Kinder der Nationalität zu berauben, indem sie denselben sogar den Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilen. Neben den staatlichen Schulen bestehen in Städten und Dörfern deutsche Privatschulen (Fröbel'sche Kindergärten). Aus solchen Kindergärten (Spielschulen) ist die polnische Sprache vollständig ausgeschlossen; die Kinder lernen, singen und spielen nur deutsch. In diese Schulen werden schon dreijährige Kinder aufgenommen. Die Leiterinnen solcher Anstalten sind Lehrerinnen (oft Ordensschwestern), die nicht imstande sind, mit dem polnischen Kinde auch nur ein Wort in der Muttersprache zu sprechen. Diese Anstalten sind demnach Vermittler der Verdeutschung unserer polnischen Kinder. Ein dreijähriges polnisches Kind eignet sich, da es in seiner Muttersprache fast noch nicht sprechen kann, leicht deutschen Geist an.

In solche Schulen und Kindergärten sollten die polnischen Eltern ihre Kinder bis zum 6. Lebensjahre nicht schicken, wenn sie sie nicht deutschen Einflüssen unterstellen wollen. Unsere Leser, die kleine Kinder haben, ermahnen wir dringend, auf diese scheinbar unschuldigen, in ihren Folgen aber ernste Gefahren, zu achten. Alle Einwendungen, daß sich die Kinder in solchen Kindergärten nicht verdeutschten, hinken, denn auch die sorgfältigste Obhut des Elternhauses vermag der Einwirkung des deutschen Geistes auf das unentwickelte Gemüt des polnischen Kindes nicht vor-

zubeugen. Die Saatkörner des Deutschtums können das Polentum des Kindes in den späteren Jahren leicht erkalten machen. Schätzen wir die geringfügigsten und unschuldigsten Mittel der Germanisierung nicht gering. Pflegen wir vielmehr in unserem Kinde das Polentum, damit es nach dem Verlassen der preußischen Schule fähig sei, dem Druck des germanischen Geistes zu widerstehen.

Aus Nr. 68 des Dziennik Śląski (Beuthen D.-S.)
vom 24. März 1909:

Betrifft den Baufonds für ein polnisches Vereinshaus in Gleiwitz.

Vor einigen Jahren begannen wir, zum Bau eines polnischen Vereinshauses in Gleiwitz Beiträge zu sammeln. Dieser Fonds beträgt jetzt 906,60 M und ist in der Volksbank zu Gleiwitz hinterlegt.

Da schon seit ziemlich langer Zeit keine Beiträge einlaufen, da man bei dem verhältnismäßig kleinen Fonds an den Bau eines Vereinshauses nicht einmal denken kann, beschlossen wir nach gründlicher Prüfung dieser Angelegenheit und nach Verständigung mit einem Kreis von Personen, von diesem Fonds 130 M zum Ankauf polnischer Bibeln zu überweisen, die unentgeltlich verteilt werden werden, damit die polnischen Kinder polnisch lesen und schreiben lernen. Die Bibeln sollen in Stadt und Kreis Gleiwitz verteilt werden.

Die Germanisierung macht unter unseren Kindern riesige Fortschritte. Dies sehen alle, die es sehen wollen. Die Eltern selbst klagen darüber, es klagen die polnischen Blätter und manche Geistliche, denn bei der Vorbereitung zum Empfange der ersten hl. Sakramente haben sie viel Arbeit und Mühe mit Kindern, die nicht polnisch lesen können.

Da wir von dem mittelfst freiwilliger Beiträge aufgebrachten Fonds ein polnisches Vereinshaus in Gleiwitz nicht bauen können, haben wir beschlossen, vorläufig einen Teil dieses Geldes, nämlich 130 M, zu einer Sache zu verwenden, die unter unseren Verhältnissen vielleicht am wichtigsten und bedeutendsten ist.

Der Fonds wurde überwiegend durch die Opferwilligkeit des polnischen Volkes aufgebracht. Möge er darum unter das Volk zurückkehren — nicht in Geld, denn dies ist unmöglich und würde den Zweck verfehlen — sondern durch die polnische Bibel, in welcher unsere Kinder polnisch lesen und schreiben werden.

Wir nehmen an, daß diejenigen, die zum Bau eines polnischen Vereinshauses in Gleiwitz freiwillige Beiträge entrichtet haben, diesen Plan billigen und anerkennen werden, daß der Zweck, für welchen ein Teil des gesammelten Fonds bestimmt worden ist, edel ist und unseren dringenden Bedürfnissen entspricht.

Wenn aber einer von denen, die Beiträge entrichtet haben, anderer Meinung sein sollte, so bitten wir um gefällige Benachrichtigung.

Głos Slonski.

Aus Nr. 37 des Katolik (Beuthen D.-S.)
vom 27. März 1909:

Aus dem Kreise Gleiwitz.

In einem Dorfe wurde unlängst ein neuer Gemeindevorsteher gewählt. Da der Neugewählte manchen unbequem war, so schwäzten sie ihn beim Landrat an, damit er ihn nicht bestätige. Es ist eine äußerst häßliche Angelegenheit, jemanden anzuschwärzen und anzu-

klagen, obwohl kein triftiger Grund vorliegt. Möchte jeder dessen eingedenk sein, daß, wie er anschwärzt und anklagt, auch er angeklagt werden kann, und zwar in einer Zeit, in welcher es ihn am meisten schmerzen wird. Was du nicht willst, daß dir geschehe, das tu auch keinem andern, lehrt ein katholisches Gebot. Aber das vergessen leider Gottes viele Menschen. Wie haben sie ihn angeschwärzt? Daß der Gewählte bei den letzten Wahlen für den polnischen Kandidaten agitiert habe, daß er polnischer Agitator sei usw. In Wirklichkeit verdient er diesen schönen, löblichen und sehr ehrenvollen Beinamen nicht sehr. Aber das macht nichts. Die Feinde wollten ihn „beschmutzen“, und das ist ihnen gelungen. Der Landrat mit dem Kreis- auschuß bestätigten den zum Gemeindevorsteher Gewählten nicht. Infolgedessen begannen sich manche, die gern gewählt sein möchten, lauter zum preussischen Patriotismus zu bekennen, verschrieben sich „castungi“ und loben solche Schmierblätter. Einem dieser neugeborenen deutschen Patrioten wurde gesagt, er möge sich ein polnisches Blatt abonnieren. Darauf ließ sich der haktistische Geist durch den Mund des „Patrioten“ vernehmen, denn er erklärte, daß er, wenn der Betreffende ihn noch einmal zum Halten eines polnischen Blattes zu überreden suchen werde, ihn dem Staatsanwalt übergeben werde. Aber dadurch hat jener „Patriot“ nur gezeigt, daß ihn jene „castungi“ überhaupt nicht aufklären können, wenn er noch nicht weiß, daß es erlaubt ist, für ein polnisches Blatt, für die polnische Sache, für die polnische Partei zu agitieren, soviel es einem gefällt. Nur ein Unfluger kann dafür mit dem Staatsanwalt, der Polizei oder dem Gendarmen drohen. Ob er aber Gemeindevorsteher werden wird, das hängt von uns Gemeindevetretern ab. Kein Haktist wird hier den Gemeindevorsteher wählen, sondern wir Gemeindevetreter, und wir stehen unter keiner Aufsicht, wir können stimmen, wie es uns beliebt, und niemand darf uns deswegen etwas tun, auch darum zu fragen hat niemand das Recht, denn wir sind freie Männer. Der Nichtbestätigte möge sich trösten. Er hat nichts verloren, denn kein Gemeindevorsteher macht aus dem Amt ein Vermögen. Man muß solcher Gesinnung sein, wie ein Gemeindevorsteher in einem weiteren Kreise. Als der Kreissekretär bei ihm auf dem Tische ein polnisches Blatt erblickte, antwortete er, befragt, etwa wie folgt: In meinem Hause bin ich Herr, und ich kann tun, was mir gefällt. Sie beaufsichtigen mich nur im Amt. Mein Privatleben geht Sie nichts an, denn ich bin kein besoldeter Beamter, der hohes Gehalt bezieht. Das polnische Blatt werde ich weiter lesen. Bald erschien der Landrat bei diesem Gemeindevorsteher. Er fragte ihn nach dem polnischen Blatte. Der Gemeindevorsteher erschrak weder vor dem Landrat, noch leugnete er, sondern er sagte offen, daß er das Blatt weiter lesen werde, denn es sei gut und nützlich. Der Landrat entgegnete: Schade, daß Sie ein solcher Pole sind. Der Gemeindevorsteher: Warum sollte es schade sein? Ich werde doch meine Herkunft nicht verleugnen, denn mein Vater müßte sich im Grabe umdrehen und mich im Jenseits verfluchen, wenn ich mich der polnischen Herkunft schämen würde. — Der Landrat: Dann werden Sie nicht länger Gemeindevorsteher sein. — Der Gemeindevorsteher: Gut, schon heute lege ich mein Amt nieder, denn es bringt mir nichts ein. Ich habe früher gelebt, und so werde ich auch jetzt ohne Amt leben, aber ein polnisches Blatt wird sich in meinem Hause befinden. — So erwiderte ihm der Gemeindevorsteher, und er war einer, der Soldat und im Kriege gewesen war. Er fürchtete niemanden, nur Gott.

Aus Nr. 73 des Kurjer Ślaski (Kattowitz)
vom 31. März 1909:

Preussische Gerechtigkeit.

Aus Obludno wird uns mitgeteilt, daß dort eine evangelische Schule ist, welche 110 katholische und nur 2 evangelische Kinder besuchen. Es könnte scheinen, daß die Behörde unter solchen Verhältnissen selbst fühlt, daß hier für die katholischen Kinder etwas getan werden müsse, aber weit gefehlt. Wenn es sich um evangelische Kinder handeln würde, so wäre das etwas anderes. Gegenwärtig wurde der Lehrer gewechselt, und es kommt wieder ein Evangelischer. Allen denen, die geneigt sind, an eine Unparteilichkeit der Regierung zu glauben, empfehlen wir diesen neuen Beweis der Gleichberechtigung, besonders aber unseren Kirchenbehörden, die der Regierung so großes Vertrauen schenken.

Aus Nr. 70 des Kurjer Ślaski (Kattowitz)
vom 27. März 1909:

Betrifft ein polnisches Konzert in Kattowitz.

(Zuschrift aus Josefzdorf.)

Eine große Überraschung bereitete uns verflossenen Sonntag der Kattowitzer Frauenleseverein (Czytelnia dla Kobiet) dadurch, daß er ein ernstes Konzert veranstaltete. Der Sänger Hajek sang so wunderschön, daß jedem das Herz wuchs, als er die herrlichen Lieder hörte. Nicht minder zeichnete sich Frau Rogalska durch ihren Gesang aus. Der Beifall bezeugte in beredtester Weise, wie allen diese Gesänge gefielen. Wir sind auch dem Vorstand des Lesevereins sehr dankbar für die Veranstaltung des so schönen Konzerts. Schade nur, daß so wenige Teilnehmer da waren. Unsere Leute denken, daß ein Konzert irgend ein geräuschvolles Vergnügen ist, das die Kirche in der Fastenzeit verbietet. Das sind falsche Vorstellungen, denn ernste Konzerte, wie das Sonntagskonzert war, erlaubt unsere Kirche. Über die einfachen Leute kann man sich nicht sehr wundern, daß sie nicht zahlreich erschienen waren, denn sie hatten eine falsche Vorstellung von dem Konzert. Indes wundere ich mich sehr über unsere Intelligenz, daß sie in so geringer Zahl zu dem Konzert erschienen war. Wenn die Deutschen irgendein Konzert veranstalten und Berühmtheiten auftreten lassen, so besuchen sie das Konzert so zahlreich, daß es an Eintrittskarten gebricht. Die polnische Intelligenz aber, die fortwährend klagt, daß es in Oberschlesien nichts gibt — weder Konzerte noch Theatervorstellungen — erscheint überhaupt nicht, wenn irgendein ernstes Konzert stattfindet. Entweder fühlt sie kein Bedürfnis, Konzerte zu hören, und verachtet die Musik, dann beklagt sie sich ohne Grund über Oberschlesien, oder sie ist vielleicht überhaupt keine Intelligenz und gibt sich nur den Anschein einer solchen; oder sie besucht ein solches Konzert vielleicht auch deshalb nicht, weil es der Frauenleseverein veranstaltet, der sich überwiegend aus einfachen Frauen zusammensetzt, und die Intelligenz, die sich der Adel zu sein dünkt, verachtet „diese Weiber“. Ich habe nämlich schon wiederholt bemerkt, daß, wenn der Frauenleseverein etwas veranstaltet, manche Kreise der Intelligenz diese Vergnügungen, Theatervorstellungen usw. geflissentlich meiden. Unser so lange vernachlässigtes und von den Deutschen zu verschiedenen deutschen Schauspielen hingezogenes Volk hat ein Recht, zu fordern, daß man es mit der polnischen Kultur und Kunst bekannt macht, daß auch wir Polen unsere schönen Dinge haben. Unsere Intelligenz, die vorwiegend von diesem Volke

lebt, hat die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, hier mit gutem Beispiel voranzugehen und an der Förderung der polnischen Kultur unter unserem Volke zu arbeiten. Herren und Damen! Seht euch die deutschen Männer und Frauen an, wie sie unser Volk für das Deutschtum zu gewinnen suchen. Zu germanisatorischen Unterhaltungsabenden kommen die höchsten Beamten, Gruben- und Hüttendirektoren, um nur das polnische Volk für das Deutschtum zu gewinnen. Und du geehrte polnische Intelligenz, die du vorwiegend von uns, dem Volke lebst, zeigst dich nirgends in unserer Mitte, ja du verachtest uns vielleicht! Wir brauchen hier keinen Adel und keine Herren, wer hier die Rolle eines Herren spielen will, für den ist kein Platz unter uns. Wer nach Oberschlesien kommt, hat die heilige Pflicht, auch für unsere polnische und völkische Sache zu arbeiten.

Ein Volksgenosse.

Aus Nr. 68 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 24. März 1909:

Aus Lipine.

Den 25. und 26. d. M. werden hier Elternabende stattfinden. Wir machen die Eltern darauf aufmerksam, daß sie, sofern diese Elternabende nach dem Schulunterricht stattfinden, nicht verpflichtet sind, ihre Kinder dorthin zu schicken. Bei dieser Gelegenheit muß bemerkt werden, daß die polnischen Blätter die Eltern vor diesen germanisatorischen Unterhaltungsabenden gewarnt haben, denn es droht dort den Kindern die große Gefahr, die polnische Nationalität einzubüßen, und wißt, daß eure Kinder, wenn sie sich germanisieren, für den katholischen Glauben leichter gleichgültig werden, und darum ist es eben den Preußen zu tun, die seit langem die Polen zu lutheranisieren und zu germanisieren trachten. Wie sind die zahlreichen protestantischen Bethäuser in Schlesien entstanden? Standen doch die Polen in Schlesien stets treu zur katholischen Kirche, und früher war hier keine Spur vom Luthertum vorhanden. Jetzt, da das Preußentum im Ernst an die Germanisierung der Polen geht, entstehen auch lutherische Ansiedlungen, die mit der Germanisierung gleichmäßig zunehmen. Und ihr wißt, daß die Sakatisten verschiedene Mittel zur Erreichung ihrer Ziele anwenden; sie veranstalten Elternabende, Theater Vorstellungen, verschiedene Picknicks und Festlichkeiten. Wir müssen vor dieser Unerfättlichkeit der Sakatisten warnen, ohne Rücksicht darauf, ob Protestanten oder Katholiken die Germanisierung betreiben.

Aus Nr. 70 des Górnoślazak (Kattowitz)
vom 27. März 1909:

Aus dem Kreise Rybnik.

Für Golejewo und Ochajec ist ein „Kriegerferajm“ gegründet worden, obgleich diese Dörfer rein polnisch sind. Landsleute, wollt ihr denn das Deutschtum fördern? Das wäre äußerst traurig! Kein Pole darf Kriegervereinen oder anderen deutschen Vereinen angehören! Mögen die aufgeklärteren Bürger die Verirrten belehren und sie vom Beitritt in „ferajny“ abhalten.

Aus Nr. 70 des Górnoślazak (Kattowitz)
vom 27. März 1909:

Polnische Gefahr.

Vor einigen Tagen suchte die hiesige Polizei bei einigen Bürgern verbotene polnische Druckschriften.

Mögen die Bürger in dieser Beziehung ruhiger sein, als der preußische Staat. Jeder Bürger kann nämlich in seiner Wohnung alle verbotenen Bücher und Druckschriften der ganzen Welt haben, wenn er nur jedes Buch in einem Exemplar besitzt und solche verbotenen Bücher nicht unter andere verteilt.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 65 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 20. März 1909:

Statutenmuster für die einzelnen Wahlvereine.

Statuten

des Polnischen Wahlvereins
in

Zweck des Vereins.

§ 1.

Der Zweck des Vereins ist:

- a) die politische Aufklärung der Polen in der Fremde, gestützt auf nationaler Grundlage;
- b) die Durchführung aller Wahlen, die die nationalen und politischen Interessen der Polen berühren, und zwar im Einvernehmen mit dem Politischen Komitee;
- c) das Unterhalten einer ständigen Verbindung mit allen Polen in dem Bereich, für den der betreffende Verein besteht.

Die Mittel zum Zwecke.

§ 2.

Zur Verwirklichung des obigen Zweckes sollen dienen:

- a) Vorträge und Unterhaltungen politischen Inhalts;
- b) Verbreitung von Aufrufen, Flugchriften und Broschüren;
- c) Einrichtung von polnischen Bibliotheken und Lesehallen da, wo sie notwendig sind;
- d) Wahlagitation analog der Grundsätze und Anweisungen des Politischen Komitees der Polen in der Fremde, auf dem rechten Elbufer mit dem Sitz in Berlin;
- e) Ständiger Besuch der Familien, die in nationaler Hinsicht ungewiß sind, und ihre Gewinnung für die polnische Sache.

Die Organisation des Vereins.

§ 3.

Behörde der Vereine ist der Vorstand und der Beirat. Der Vorstand wird von dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Kassierer gebildet. Gegenüber den Behörden ist der Vorstand allein für die Tätigkeit des Vereins verantwortlich. Der Beirat setzt sich aus den Vertrauensmännern der einzelnen Bezirke die in den Tätigkeitsbereich des Vereins fallen, zusammen. Der Rat wacht gemeinschaftlich mit dem Vorstande über die Tätigkeit des Vereins. Die Sitzungen des Beirates, die der Vorstand leitet, finden mindestens einmal im Monate statt, der Vorstand versammelt sich, wenn es notwendig ist oder nach eigenem Ermessen. Die Mitglieder des Vorstandes und des Rates führen die ihnen übertragenen Anteile gewissenhaft und unentgeltlich.

Die Rechte und Pflichten der Mitglieder.

§ 4.

- a) Mitglied kann jeder Pole oder Polin werden, die das 18. Lebensjahr überschritten haben, national

denken und unsere Zentral-Wahlbehörde im Lande anerkennen.

- b) Die Anmeldungen als Mitglied nimmt entweder der Vorstand oder der Vertrauensmann des betreffenden Bezirkes entgegen. Über die Annahme eines Mitgliedes entscheidet der Vorstand, der, nachdem ihm von dem Mitglieds-kandidaten ein Eintrittsgeld von mindestens 10 Pfg. und der Monatsbeitrag bezahlt worden sind, das Legitimationsbuch mit den Statuten auszuhändigt.
- c) Der monatliche Beitrag beträgt mindestens 10 Pfg. und ist im Anfang eines jeden Monats zu entrichten. Die Mitglieder, die über ein halbes Jahr ihre Beiträge nicht bezahlt haben, werden nach einer vorhergehenden Erinnerung in der Mitgliederliste gestrichen.
- d) Jedes Mitglied hat das Recht der Beteiligung an allen Veranstaltungen des Vereins und kann in den Plenarsitzungen mitraten und mitstimmen, es hat aber auch die Pflicht, alle Arbeiten, die ihm der Vorstand oder der Vertrauensmann überträgt, gewissenhaft zu erfüllen. Jedes Mitglied ist demnach auch verpflichtet, ständig die polnischen Familien zu besuchen, denen in verschiedener Hinsicht die Gefahr der Germanisation droht, sie mit Aufrufen und Druckschriften zu stärken und sie für die polnische Sache zu gewinnen suchen.
- e) Ein Mitglied, das aus dem Vereine ausscheidet, oder in der Mitgliederliste gestrichen wird, weil es die Beiträge nicht zahlt oder dem Vereine schadet, verliert das Recht am Vereinsvermögen.

Die Generalversammlung und die Wahlen der Leiter des Vereins.

§ 5.

Jedes Jahr im Januar findet eine Generalversammlung der Mitglieder statt, in welcher der Vorstand den Rechenschaftsbericht erstattet, der dem Politischen Komitee eingereicht werden muß. In der jährlichen Generalversammlung werden die Vorstandsmitglieder und die Vertrauensmänner für jeden Bezirk durch geheime Stimmwahl mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Schließlich wird in der Generalversammlung der Delegierte zu der jährlich stattfindenden Generalversammlung des Politischen Komitees ernannt. Eine Änderung der Vereinsstatuten kann nur von der Generalversammlung durch $\frac{2}{3}$ Stimmenmehrheit und mit dem Einverständnis des Politischen Komitees erfolgen. Das amtliche Vereinsjahr beginnt mit dem Kalenderjahr.

Die Plenarsitzung.

§ 6.

Die Plenarsitzungen des Polnischen Wahlvereins finden mindestens vierteljährlich statt. In diesen Versammlungen wird über die laufenden politischen und nationalen Sachen verhandelt und nationale Aufrufe, Druckschriften und Zeitungen verteilt.

Das Verhältnis des Vereins zum Politischen Komitee.

§ 7.

Der Polnische Wahlverein ist Organ des Politischen Komitees, verbleibt mit diesem in enger Fühlung und ist nach dessen Anweisungen tätig. Zu der jährlichen Generalversammlung der Delegierten des Politischen Komitees entsendet der Verein auf je 100 Mitglieder einen stimmberechtigten Delegierten. Für die Zwecke des Politischen Komitees bestimmt der Verein die Hälfte seiner Einnahmen; dafür ist das Politische Komitee verpflichtet, von seinem Bestande dem Vereine Agitationsmaterial zu liefern.

Schiedsgerichte.

§ 8.

Streitigkeiten unter den Mitgliedern werden durch das Schiedsgericht geschlichtet. Wer sich dieser Vorschrift nicht fügen will, wird in der Mitgliederliste gestrichen.

Auflösung des Vereins.

§ 8.

Der Antrag zur Auflösung des Vereins kann von dem Vorstande und dem Räte zugleich oder von $\frac{1}{3}$ der Mitglieder des Vereins gestellt werden und zwar dies im Einverständnis mit dem politischen Komitee. Um über die Auflösung des Vereins beschließen zu können, ist die Mehrzahl von $\frac{2}{3}$ der Anwesenden erforderlich, die zu diesem Zwecke zu einer Vereins-Generalversammlung einberufen werden müssen. Ebenso kann auch die Ausscheidung des Vereins aus dem Rahmen des politischen Komitees erfolgen, wenn die Tätigkeit des Vereins der polnischen Sache schadet.

Im Falle der Auflösung des Vereins geht das Vermögen desselben in den Besitz des politischen Komitees bzw. in den des polnischen Zentralwahlkomitees in Posen über.

Aus Nr. 65 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 20. März 1909:

Die Statuten des politischen Komitees der Polen in der Fremde, auf dem rechten Ufer der Elbe mit dem Sitz in Berlin (P. K. d. P. i. B.).

§ 1. Das politische Komitee setzt sich aus 25 Mitgliedern zusammen, die durch Stimmenmehrheit in der Generalversammlung in Berlin auf fünf Jahre gewählt werden. (Vom Jahre 1913 ab in der Generalversammlung der Delegierten des ganzen Bezirks.)

§ 2. Die Aufgabe des Komitees ist die bürgerliche und nationale Aufklärung der Polen, die auf dem rechten Elbufer leben und zwar durch Versammlungen (in der Zeit, in der polnische Versammlungen abgehalten werden dürfen) durch politische Unterhaltungen und Veranstaltungen, durch belehrende Vorträge und durch Gründung von Wahl- und Volksbibliotheken da, wo sie noch nicht existieren, ferner durch Stärkung und Belebung der schon bestehenden Vereine, durch Entsendung der Mitglieder des Komitees zu den Sitzungen der Vereine, durch Verbreitung von Aufrufen, Broschüren und Flugschriften, überhaupt durch alle gesetzlich erlaubten Mittel, die eine nationale Agitation vermittelt Versammlungen und von Person zu Person ermöglichen. Das Komitee stützt seine Tätigkeit auf nationale Grundlage.

§ 3. Zur Erleichterung und Vertiefung der Agitationsarbeit gründet das politische Komitee überall da Wahlvereine, wo eine größere Anzahl von Polen wohnt.

§ 4. Die Wahlvereine führen das Werk der bürgerlichen und nationalen Aufklärung der Landsleute in oben angeführter Weise überall, wo eine größere Anzahl Polen wohnt, und verbleiben in engerer Beziehung zu dem politischen Komitee, indem von 100 Mitgliedern ein Delegierter dem Komitee angehört.

§ 5. Die Generalversammlungen der Delegierten des politischen Komitees finden gemeinschaftlich mit denen des Komitees einmal im Jahre, und zwar im Februar in Berlin, statt. In dieser Versammlung referieren die Delegierten über die Organisation und die Bedürfnisse der einzelnen Kreise und Bezirke, berat-

schlagen über die Vervollständigung und die Vollendung der Agitation und beschließen das Arbeitsprogramm für das nächste Jahr. Falls es notwendig erscheint oder auf Verlangen des dritten Teils der Delegierten muß das politische Komitee eine Delegiertenversammlung einberufen.

§ 6. Vom Jahre 1913 ab findet zu Anfang jeden fünften Jahres, in dem die Landtagswahlen stattfinden, eine Wahl des politischen Komitees statt. Die Wahlen werden von den Delegierten mit gewöhnlicher Stimmenehrheit ausgeführt. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Das Komitee konstituiert sich selbst.

§ 7. Die Kosten der Generalversammlung der Delegierten bestreitet das Komitee aus den von ihm gesammelten und den Beiträgen von den Wahlvereinen, die verpflichtet sind, die Hälfte ihrer Einnahme an die Kasse des politischen Komitees in Berlin abzuführen.

§ 8. Im Falle, daß ein Mitglied stirbt, in die Heimat zurückkehrt, ausscheidet oder gestrichen wird, steht dem Komitee das Recht der Kooptation zu, die durch die nächste folgende Generalversammlung bestätigt wird.

Aus Nr. 69 des Dziennik Berliński (Berlin)

vom 25. März 1909:

Welchen Zweck hat der Posener „Bazar“?

Ein hiesiger Bürger, von Beruf Hotelier, fragte in diesen Tagen den Vorsitzenden des Aufsichtsrats des Posener „Bazar“, den Herrn Grafen Mieczyslaus Kwilecki, ob er sich um die Stelle des technischen Leiters des „Bazar“ bewerben könne. Er tat dies auf Grund dessen, was in der letzten Zeit in den Zeitungen über die Wirtschaft des gegenwärtigen „Direktors“ des Bazar, des früheren Kolonialwarenhändlers aus der Wasserstraße, des Herrn Pawlowski, geschrieben wurde, und auf Grund des durch den Grafen Mieczyslaus Kwilecki über 50 Posener Kaufleuten gegebenen Versprechens, daß Herr Pawlowski von seiner Stellung zurücktreten werde. Dieses Versprechen ist vor einem Jahre gegeben worden, und als jetzt die Kaufmannschaft und die polnische Presse von neuem gegen Herrn Pawlowski auftraten, weil er polnische Kaufleute und Lieferanten umgeht und Juden und Deutsche bevorzugt, blieb der Herr Direktor trotzdem fest im Sattel sitzen, wie solches aus dem lakonischen Briefe des Herrn Grafen Kwilecki an den genannten Berliner Polen hervorgeht, in dem er diesem erklärt, daß die Stelle des Direktors nicht frei sei, „weil Herr Pawlowski verbleibt“.

Man hat uns von maßgebender Seite, den Herrn Grafen M. Kwilecki zu fragen, wo sein den vor einem Jahre sich bei ihm beklagenden Posener Kaufleuten gegebenes Versprechen sei, daß eine Änderung eintreten werde, ihn fernerhin zu fragen, ob die versprochene Änderung niemals zur Ausführung gebracht werden würde? Wird denn der „Bazar“ das werden, was er nach dem Willen seines großen Begründers stets sein sollte, nämlich eine Institution, welche die polnische Industrie und den polnischen Handel unterstützen soll?

Ist er nun gegenwärtig eine Institution, die im Sinne des unvergeßlichen Karl Marcinkowski arbeitet?

Er ist es schon seit einer Reihe von Jahren nicht mehr. Anstatt den polnischen Handel zu unterstützen, ziehen die Aktionäre für sich selbst den Nutzen aus ihm, und die Direktion des Bazar unterstützt bei Einkäufen nicht polnische, sondern jüdische und deutsche Kaufleute.

Der Bazar ist ein Aktienunternehmen. Wenn wir uns nicht irren, so beträgt die Zahl der Aktien 50, jede zu 1500 Mark. Der Wert dieser Aktien ist heute um mehr als das zehnfache gestiegen, und ihre Eigentümer sorgen

nur dafür, daß die Dividende in jedem Jahre so hoch wie nur irgend möglich wird.

Der ideale Zweck des Bazar ist völlig geschwunden.

Sogar der Verein für Unterrichtshilfe und der Verein der Freunde der Wissenschaften sind durch die Aktionäre des Bazar geschädigt worden. Die Aktien des Bazar, welche diese Vereine besaßen, haben die Aktionäre für den fabelhaft billigen Preis von 4500 Mark angekauft. Seiner Zeit wurde in der Öffentlichkeit viel darüber gesprochen, man war darüber entrüstet, daß der Verein für Unterrichtshilfe, dessen Leitung damals nicht auf der Höhe der Zeit stand, geschädigt worden ist; die Aufregung hat mit der Zeit nachgelassen, und die Aktionäre haben sich im stillen eins gelacht, daß sie eine Portion Aktien billig erstanden haben.

Der Gedanke Karl Marcinkowskis war, daß sich in dem Gebäude des Bazar zahlreiche Läden befinden sollten, die an polnische Kaufleute vermietet würden, damit diese zum Wohlstande gelangen könnten. Aber auch dieser Gedanke des großen Philantropen ist nicht in Erfüllung gegangen. Fragen wir einmal die Kaufleute im Bazar, was sie für die Geschäftsräume zahlen, und wir werden uns überzeugen, daß die Mietpreise für die Läden hinaufgeschraubt worden sind bis zur Unmöglichkeit. Unter solchen Umständen kann von einer Unterstützung der polnischen Kaufmannschaft seitens des Bazar wohl kaum die Rede sein. Es kommt nun noch hinzu, daß der gegenwärtige „Direktor“ — worüber sich im vorigen Jahre 50 polnische Kaufleute beklagt haben — bei Einkäufen die Bazar-Kaufleute, von denen man sich einen so hohen Mietzins zahlen läßt, absichtlich übergeht.

Die Ethik des gegenwärtigen technischen Leiters des Bazar charakterisiert am besten die Tatsache, über die vor kurzem der Kurjer schrieb, daß er für etliche Tausend Mark Läufer und Teppiche von einem Juden gekauft habe und daß man den Leuten, welche diese Sachen frühmorgens gebracht, habe sagen lassen, sie stammen von der Firma Ignatowicz. Überhaupt drehen sich im Bazar jüdische Agenten herum, sodaß man z. B. den Bazar in Posen in den Kreisen der guten Polen „jüdische Bude“ nennt.

Karl Marcinkowski, sowie seine vermögenden Freunde, wir nennen hier den Grafen Severin Mielzynski, haben im Bazar einen großen Saal bauen lassen, damit in ihm Versammlungen, Konzerte, Feste und Sitzungen großer Vereine stattfinden könnten. Früher stellte die Direktion des Bazar den Saal entweder unentgeltlich oder für eine geringe Entschädigung für größere Versammlungen und Festlichkeiten von allgemeiner Bedeutung zur Verfügung, heute muß man den Raum, gleichviel, ob es sich um eine Versammlung, um eine Festlichkeit, um ein Wohltätigkeitskonzert oder um eine nationale Feier handelt, teuer bezahlen.

Bis vor kurzem noch zahlte der Bazar den bauerlichen Vereinen eine jährliche Subvention von 1500 M. In diesem Jahre hat man auch diese letzte für öffentliche Zwecke geleistete Subvention zurückgezogen.

An den gegenwärtigen Vorstand des Bazar, an dessen Spitze der so sehr sympathische Graf Mieczyslaus Kwilecki und der Notar und Stadtverordnete von Trampczynski stehen, muß man die Frage richten, ob das alles mit ihrem Wissen und Willen geschieht und ob die Gesamtheit noch weiterhin diese Wirtschaft in der Institution ertragen soll, welche aus idealen Motiven und nicht deshalb gegründet worden ist, um etlichen Individuen große Vorteile zu verschaffen?

Aus Nr. 6 des Sokół (Posen)
vom 15. März 1909:

Rixdorf.

Jahresbericht für 1908.

Es wurden 10 gewöhnliche, 2 Generalversammlungen und 12 Vorstandssitzungen abgehalten. An den Versammlungen nahmen durchschnittlich 30 Kameraden teil. In den Versammlungen wurden folgende Vorträge gehalten: „Die Anfänge der polnischen Literatur bis zum XV. Jahrhundert“, „Vom Sokółtum“, „Stefan Czarniecki“, „Ausflug nach Krakau“, „Thaddäus Kosciuszko“ und „Hermann Bolowski“. Die Versammlungen finden jeden zweiten Sonntagabend im Monat im Lokale des Kameraden Malkowski, Jägerstr. 3 statt. Der Verein zählt z. B. 48 Mitglieder. Der Verein veranstaltete ein Familienkränzchen und für die Kinder der Kameraden eine Weihnachtsbescherung. Geübt wird jeden Mittwoch von 8½ bis 9½ Uhr abends im Lokal Hoppes Festsaal, Hermannstr. 49. Am Schauturnen nahm der Verein 7 mal teil. Es wurden auch 7 Ausflüge veranstaltet. Der polnische Schreib- und Leseunterricht wird jeden Freitag (im Winter) in der Wohnung des Kameraden Lesniewski abgehalten. Weiter des Unterrichts ist Kamerad Marcinkowski. Die Turngeräte und die Bibliothek usw. repräsentieren ein Vermögen von 950 M. Dieses ist gegen Feuer versichert. Wir hatten im verfloffenen Jahre 622,62 M. Einnahmen und 555,62 M. Ausgaben, es verbleiben für das laufende Jahr 67 M. In der Generalversammlung am 23. Januar d. J. wurden in den Vorstand gewählt: Vincent Andrzejewski als Vorsitzender, Vincent Zaleski als Schriftwart, Leonhard Lesniewski als Kassierwart. In den Beirat gehören: Valentin Jaskolski, Wl. Marcinkowski, Wl. Kulczynski, Turnwart, Jg. Grabowski, Fr. Bilak, Ordner, Johann Lemanski, Bibliothekar, Wl. Andrzejewski und Anselm Zaborowski, Beisitzer.

Gut Heil!

Andrzejewski, Vorsitzender. Zaleski, Schriftwart

Aus Nr. 70 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 27. März 1909:

Ein neuer Gesangsverein in der Fremde.

Aus Recklinghausen-Süd (Grullbad) wird uns geschrieben: Durch die Bemühung hier ansässiger Landsleute wurde ein neuer Gesangsverein unter dem Namen „Chopin“ gegründet. Ein solcher Verein war schon seit langer Zeit hier notwendig. Alle Landsleute, welche eine dazu geeignete Stimme haben, müßten wie ein Mann dem neu gegründeten polnischen Verein beitreten. Es sind sofort 38 Personen als Mitglieder getreten. In den Vorstand sind nachstehende Mitglieder gewählt worden:

Wladislaus Schwengler, erster Vorsitzender.

Bronislaus Mlodh, Stellvertreter.

Franz Kubala, Schriftführer.

Stephan Wittenbeck, Stellvertreter.

Michael Zgorecki, Kassierer.

Johann Brasniewski, Stellvertreter.

Sämtliche Brieftaschen sind an den Vorsitzenden, Hochstraße Nr. 34, oder an den Schriftführer, Baumstraße Nr. 12, zu richten.

Dem neuen Verein wünschen wir das beste Wohlergehen. Ehre dem polnischen Liede!

Aus Nr. 6 der Sila (Bochum)
vom 20. März 1909:

Resolutionen.

Die am 21. Februar 1909 versammelten Delegierten des VI. Bezirks der Konferenz in Baufau nahmen die folgende Entschliessung an:

Wir fordern die Herren Brejski und den Kameraden Sójniski auf, ihre persönlichen Angriffe, die wir für die „Polnische Berufsvereinigung“ für schädlich halten, einzustellen. Wir haben zum Wiarus Polski und dem Herrn Brejski wohl Vertrauen, gestatten es aber der Presse nicht, irgend welche Einflüsse auf unsere Organisation nach außen hin auszuüben. Wir fordern den Kameraden Sójniski auf, alle Angriffe gegen die polnische Presse zu meiden, aber im Falle solcher Angriffe, die der Organisation schaden und den Vertrauensmännern und Delegierten die Arbeit erschweren, energisch in Verteidigung aufzutreten.

Johann Czul. Stanislaus Galas.
Ludwig Gujif. Johann Krzyzkowiaf.
Wl. Skopowski. Ignaz Bialy.
Leo Lesniewski. Joseph Tomaszewski.
Peter Nowaczyk.

Wir heute im Knoch'schen Saale in Bövinghausen versammelten beschließen folgendes: Wir sind alle mit der Verschmelzung sämtlicher polnischer Berufsverbände einverstanden und wünschen, daß dies in kürzester Zeit geschehen möge. Alle Pressäußerungen, die der Verschmelzung abhold sind, verurteilen wir aufs schärfste. Wir organisierten Arbeiter glauben nur an unsere eigene Kraft.

Der Ausschuss in Bövinghausen.

Aus Nr. 6 der Sila (Bochum)
vom 20. März 1909:

Bilanz der Polnischen Berufsvereinigung für das Jahr 1908.

Einnahmen pro 1908.

Bestand aus dem Jahre 1907/08...	3 798,39	M.
In Banken 1907	216 599,15	"
Zinsen 1907	10 373,20	"
Beiträge	284 829,35	"
Beiträge passiver Mitglieder	65,—	"
Eintrittsgelder	3 140,10	"
Inserate	1 278,84	"
Abonnementsgebühren	86,84	"
Gebühr für Beilagen	150,—	"
Zurückgezahlte Vorschüsse	319,53	"
Freiwillige Spenden in Versammlungen	212,09	"
In den Zahlstellen	6 181,89	"
Summe	527 033,88	M.

Ausgaben pro 1908.

Krankengeld	60 151,50	M.
Sterbegeld	9 860,—	"
Rechtsschutz	5 655,90	"
Streikunterstützung	5 188,40	"
Arbeitslosenunterstützung	7 322,20	"
Reisegeld	1 218,35	"
Internat. Bergarbeiterkongress	224,—	"
Agitation	5 715,25	"
Druckkosten:		
Zjednoczenie	10 413,—	"
Agitationschriften	2 628,55	"
Verwaltungsschriften	3 121,30	"

Gehälter	14 007,—	"
Miete, Beleuchtung und Heizung	1 107,—	"
Schreibmaterialien	192,95	"
Bibliothek und Inventar	957,15	"
Vorschüsse	326,55	"
Expedition	2 995,30	"
Sitzungen und Konferenzen der Delegierten	2 088,50	"
Ausgaben der Zahlstellen	3 140,87	"
Abonnementsgebühren	174,10	"
Strafen und Gerichtskosten	898,53	"
Entschädigung der Zahlstellen	37 088,60	"
Bankguthaben 1907	216 599,15	"
Zinsen 1908	10 373,20	"
Depositen 1908	114 200,—	"
" 1908	3 400,—	"
In den Zahlstellen	6 181,89	"
Kassenbestand für 1909	1 804,64	"
Summe	527 033,88	M.

Zusammenstellung.

In den Banken		
aus dem Jahre 1907	216 599,15	M.
Zinsen für 1908	10 373,20	"
Depositen aus dem Jahre 1908	114 200,—	"
Desgl. 1908	3 400,—	"
Bestand der Kasse für 1909	1 804,64	"
Utenfilien	4 334,85	"
In den Zahlstellen	6 181,89	"
Gesamtvermögen der Polnischen Berufsvereinigung	356 893,73	M.

Die Revisionskommission.

Franz Kółpacki. Andreas Przybyła.
Johann Janowskiak.

B i l a n z des Verbandes „Gegenseitige Hilfe“ für das Jahr 1908.

Einnahmen.

Rückständige Beiträge für 1907	6 128,20	M.
Monatsbeiträge für 1908	46 412,05	"
Eintrittsgelder	700,—	"
Zurückgezahltes Gehalt eines Beamten	140,—	"
Für verkauft. Material	4,50	"
Einnahme aus dem Verbandskaale ..	89,10	"
Spenden für die Waisen auf Zeche Rabbod	28,55	"
Abonnementsgebühren und Inserate ..	501,04	"
Bestand aus den früheren Jahren ..	92 487,45	"
Zinsen für 1907	3 443,85	"
Summe	149 943,74	M.

Ausgaben.

Gehälter der Bureaubeamten und Rechtsschutz	15 389,54	M.
Versicherung der Beamten und Steuern	1 088,43	"
Den Akquisitionenbeamten	4 024,22	"
Miete und Unterhaltung	1 157,20	"
Bureau	2 719,02	"
Schreibmaterial, Porto und Telephon	1 831,96	"
Unterstützung der Mitglieder	9 403,75	"
Verbandsorgan	8 480,08	"
Unvorhergesehene Ausgaben	720,08	"
Gerichtskosten	148,49	"
Entschädigung der Zahlstellen	5 250,49	"
Agitation und Revision der Kasse ..	4 354,24	"
Gesamtausgabe	54 347,39	M.

Es verbleibt von dem alten Bestande und in dem Bureauinventar für das Jahr 1909 ein Gesamtvermögen von 111 569,63 M.

Aus Nr. 36 der Zgoda (Wanne)
vom 25. März 1909:

Unter der Spitzmarke „Was wird aus meinem Kinde werden?“ schreibt die „Zgoda“ u. a. folgendes:
Ihr habt, geehrte Landsleute, schon davon gelesen, daß der neu gegründete Verein „Zgoda“ den Verlag der Zeitung „Zgoda“ in Wanne erstanden hat, und zwar deshalb, um aus dem Gewinn, den diese Zeitung bringen wird, die Mitglieder und die Leser bei der Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen. Weil der Gewinn bei der Zunahme der Zahl der Abonnenten immer größer wird und bei 8 000 Lesern etwa 50 000 Mk. nicht etwa in die Tasche irgend eines Geschäftsmannes, sondern in die Tasche unserer Brüder und Schwestern fließen, so könnt ihr allein daraus schon ersehen, wie viel Gutes der Verein „Zgoda“ für eine solche Summe Geldes alljährlich für die Kinder der armen Landsleute in der Fremde stiften kann.

Nicht nur während der Lehre deines Kindes bei einem Meister wird der Verein „Zgoda“ die erforderliche Summe zahlen, sondern er wird deinem Sohne, deiner Tochter auch eine Beihilfe gewähren, wenn sie einer fachlichen Ausbildung in ihrem Berufe bedürfen, damit sie nützliche Mitglieder unserer unglücklichen Gesamtheit werden könnten.

Saget nun, schätzbare Leser, ob unsere Zeitung „Zgoda“, die sich ein so erhabenes und edeles Ziel gesteckt hat, nicht unsere weitgehendste Unterstützung verdient? Wir bieten euch, Brüder und Schwestern, weder Kalender noch Bilder an, denn diese könnt ihr euch für einige Pfennige selbst kaufen, sondern wir opfern den aus unserem Verlage ersparten Groschen zum Wohle eurer Kleinodien, eurer euch von Gott geschenkten Kinder.

Gehet also im Namen Gottes an die weiteste Entwicklung dieses guten Werkes heran, dem Gott seinen heiligen Segen sicher nicht vorenthalten wird.

Die „Zgoda“ wird vom 1. April ab täglich erscheinen und eine Sonntagsbeilage bringen, die sehr viel interessante und lehrreiche Sachen enthalten wird.

Aus Nr. 6 des Sokół (Posen)
vom 15. März 1909:

Recklinghausen.

Wir zeigen an, daß es den Bemühungen mehrerer Wackeren gelungen ist, hierorts einen Sokolverein ins Leben zu rufen, dem sofort 57 Mitglieder beigetreten sind. Bei der Gründung waren der Gauvorsitzende Vinzent Sindzinski aus Herne und der Gauschriftwart Matthias Kaspzak zugegen, die die Versammelten über den Zweck und die Bedeutung des Sokolturns belehrten. Sonntag, den 7. d. M. fand die erste Versammlung statt, in welcher der Vorstand gewählt wurde. Es wurden gewählt: Anton Przybył als Vorsitzender, Martin Golus als Schriftwart, Franz Gosciniał als Kassenwart, Thomas Pawla als Turnwart, Martin Gawron als Unterturnwart, Andreas Daniel, Stanislaus Orzegorezyk und Vinzent Dombrowski als Beiräte. Der Kommissarius hat uns schon gesagt, daß er uns kurz halten werde, damit wir nicht noch bei seinen Lebzeiten aus Westfalen ein polnisches Reich machten.

Er sagte uns: „Ihr seid vom Hunger getrieben nach Westfalen gekommen, und jetzt arbeitet ihr an der Renovierung Polens; ihr tragt eure nationalen Mützen und schmückt eure Brust mit dem polnischen Adler, daß man Angst bekommt.“ Wenn uns der Kommissarius so bewillkommnete, dann können wir von der Polizei große „Liebe“ erwarten, aber wir denken, daß sie uns nichts tun wird. Gut Heil!

Sokol.

Aus Nr. 6 des Sokół (Posen)
vom 15. März 1909:

Ober-Marysloh.

Der Verein hielt 6 Versammlungen ab. Im Laufe des Jahres sind dem Verein 92 Mitglieder beigetreten. Weil wir eine Zeitlang keinen Saal zu den Versammlungen und Übungen hatten, verloren wir einen großen Teil der Mitglieder. Erst nach großen Anstrengungen ist es uns gelungen, einen Saal zu mieten. Es ist Hoffnung vorhanden, daß der Sokolgeist in den alten Sokols sich neu beleben werde und sie wieder unserem Verein beitreten werden. Für das laufende Jahr verbleiben 26 Mitglieder. Es waren 202,20 M Einnahmen und 175,78 M Ausgaben, in der Kasse verbleiben 26,72 M. An Geräten besitzt der Verein 1 Reck, 1 Barren, 25 Turnstäbe, 7 Sprungstangen, 26 Fähnchen und eine Büchse. In den neuen Vorstand gehören: Johann Klobus als Vorsitzender, Josef Werblinski als Schriftwart, Michael Pientek als Kassenwart, Adalbert Janiszewski als Turnwart, Stephan Kicinski als Unterturnwart. Die Versammlungen finden jeden dritten Sonntag im Monat statt.

J. Klobus, Vorsitzender.

Aus Nr. 6 des Sokół (Posen)
vom 15. März 1909:

Langendreer.

Die Generalversammlung fand am 20. Dezember v. J. statt. Nach der Berichterstattung wurde der neue Vorstand gewählt. In denselben gehören: Stanislaus Pientyżek als Vorsitzender, Stanislaus Surdyk als Schriftwart, Adalbert Kubiak als Kassenwart, Anton Pestka als Turnwart. Es wurden auch 3 Beiräte und 3 Kassenrevisoren gewählt. Es wurden 25 Versammlungen abgehalten. Der Verein hatte 786,92 M Einnahmen und 729,15 M Ausgaben. In der Kasse verbleiben 57,77 M, die zum Ankauf von Bibliotheksbüchern bestimmt wurden. Der Verein nahm teil am Gau- und Bezirkstage. Der Verein besitzt eine Standarte und verschiedene Turngeräte. Die Versammlungen finden jeden 1. und 3. Sonntag im Monat statt. Geübt wird jeden Dienstag und Freitag von 3 Uhr nachmittags ab. Kameraden! Erlauben wir es nicht, daß unser Verein zerfalle, arbeiten wir in Eintracht und brüderlicher Liebe, dann wird unsere Arbeit nicht nur uns, sondern auch der polnischen Gesamtheit eine reiche Ernte einbringen!

St. Pientyżek,
Vorsitzender.

St. Surdyk,
Schriftwart.

Aus Nr. 6 des Sokół (Posen)
vom 15. März 1909:

Karnap.

Die Generalversammlung fand am 17. Januar d. J. statt. Aus dem Jahresberichte entnehmen wir

folgendes: Es wurden 19 gewöhnliche, 4 vierteljährliche und zwei außerordentliche Versammlungen abgehalten. Die erste außerordentliche Versammlung wurde aus Anlaß des eingelegten Protestes gegen die Generalversammlung, die zweite wegen der Pflichtabonnements des Sokol abgehalten. Der monatliche Beitrag wurde auf 35 P erhöht und die Mitglieder erhalten die Zeitschrift unentgeltlich. In den Versammlungen wurden Vorträge und Vorlesungen gehalten, es wurde deklamiert und gesungen. Zur besseren Informierung unserer polnischen Gesamtheit über Ziele und Bestrebungen der Sokolvereine haben wir noch vor dem Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes einen Sokoltag abgehalten. Wir veranstalteten drei öffentliche Vergnügen, ein Stiftungsfest und einen Kosciuszkoabend. In der letzten Generalversammlung wurde über sehr wichtige Anträge beraten: 1. Der Antrag über die Gründung einer Begräbniskasse wurde angenommen. Unser Verein zahlt den Hinterbliebenen 30 M Unterstützung aus und kauft einen Kranz für 10 M. (Den Kranz halten wir für überflüssig, entweder man gibt den Hinterbliebenen 40 M oder verwendet die 10 M, die für den Kranz bezahlt werden sollen, für wohltätige Zwecke. Die Red.) 2. Der Antrag, einen polnischen Schreib- und Leseunterricht einzuführen, wurde auch angenommen. Wir hegen die Hoffnung, daß die Kameraden diese günstige Gelegenheit wahrnehmen werden. Auch eine Bibliothek, die sehr fleißig benutzt wird, besitzen wir. In den neuen Vorstand sind gewählt worden: Adalbert Jankowski als Vorsitzender (Brank, Horst-Emischer Hofheide 216), Leo Kinaft als Schriftwart (Horstenmark, Dedenstraße 2), Josef Szymkowiak als Kassenwart (Horstenmark, Harthorstraße 19), Johann Janfowiak als Turnwart (Horstenmark, Fischerstraße 182). In den Beirat gehören: Johann Rejzel, Stanislaus Bonczkiewicz, Anton Sikorski, Roman Labenda, Andreas Mendroch, Stanislaus Mansfeld, Michael Weber, Rafimир Sokolowski, Michael Kazmierczak und Karl Hostek. — Sämtliche Briefe bitten wir an den Vorsitzenden oder Schriftführer zu senden.

Leo Kinaft, Schriftwart.

Aus den Blättern des Auslandes.

Beschlüsse

der 8. Zusammenkunft des Verbandes der Vereine der polnischen fortschrittlichen Jugend, abgehalten in Lüttich im Dezember 1908.)*

Wir senden euch, Kollegen, den Text der in der Zusammenkunft in Lüttich gefaßten Beschlüsse. Gleichzeitig teilen wir euch mit, daß wir uns an die Herausgabe der gedruckten Berichte über die beiden Zusammenkünfte in Zürich und in Lüttich machen werden.

Der Bundesvorstand des J. P. M. P.

*) Mitteilungen aus der Generalversammlung des Verbandes Zjednoczenie (Vereinigung der mehr rechtsstehenden polnischen studierenden Jugend) für das Jahr 1907 sind in Nr. 11 des Gesamtüberblicks für 1909, Seite 285—290 gebracht worden; nachstehend folgt der Bericht über die Generalversammlung des Związek (Verband der radikalen, zum Sozialismus neigenden polnischen studierenden Jugend) für das Jahr 1908. Die Berichte sind vertraulicher Natur. Redaktion des Gesamtüberblicks.

Organisations-Angelegenheiten.

Das Verhältnis zur Zjednoczenie:

In Anbetracht des Umstandes, daß in den Gruppen der Zjednoczenie die Jugend mit ausgesprochen national-demokratischer Färbung das Übergewicht hat, daß diese Jugend den Ton angibt und der Zjednoczenie eine Richtung verleiht, die mit den Idealen des Fortschritts und der Demokratie im Widerspruch steht, die die fortschrittliche Jugend im Zwionzet vereinigen,

daß die Rolle, die die National-Demokratie in der allgemeinen Freiheitsbewegung spielt, diesen Idealen feindlich gegenübersteht,

in Anbetracht dieser Umstände erklärt die 8. Zusammenkunft der polnischen fortschrittlichen Jugend, daß irgend eine Annäherung des Zwionzet an die Zjednoczenie grundsätzlich unmöglich ist; und sie fordert den Vorstand und alle fortschrittlichen Vereine auf, bei ihrer Tätigkeit die scheinbare politische Unparteilichkeit der Zjednoczenie zu beleuchten.

In Anbetracht des Umstandes, daß bei gewissen Angelegenheiten, die die Gesamtheit der polnischen akademischen Jugend betreffen, sich immer die Notwendigkeit herausgestellt hat und herausstellen wird, daß sich die ganze polnische Jugend verständigt, ist die 8. Zusammenkunft der Ansicht, daß sich in diesen Fällen der Vorstand mit den anderen Gruppen der Jugend verständigen kann.

Verhältnis zu den farbentragenden Korporationen und Burschenschaften:

In Anbetracht des Umstandes, daß die farbentragenden Korporationen und Burschenschaften überwiegend reaktionäre Abzeichen tragen, und daß ihre Tätigkeit sich darauf beschränkt, Bummel zu arrangieren, sich an Festlichkeiten zu beteiligen, die in der Schweiz einen klerikalen, in Deutschland und in Österreich einen chauvinistischen Charakter haben, verdammt die Zusammenkunft den Eintritt der Jugend in die vorgenannten studentischen Organisationen.

Darüber, ob der in Frage kommende Verein eine Burschenschaft ist, entscheidet der örtliche Bundesverein.

In der Versammlung wurde das Bundesstatut angenommen, das an die Vereine versandt werden wird.

Kulturelle und Bildungsangelegenheiten.

Vorlesungen.

Die 8. Zusammenkunft der polnischen fortschrittlichen Jugend empfiehlt den Vereinen, in Lüttich und in Lausanne vom Vorstand abhängige Vortragskommissionen zu gründen, die die Aufgabe haben werden, durch Heranziehung von Rednern aus dem Heimatlande, eventuell aus den ausländischen Städten, Vorträge zu organisieren.

Die Vortragskommission in Lüttich wird in den belgischen, deutschen und französischen Vereinen Vorträge veranstalten. Die Vortragskommission in Zürich wird dies in den Schweizer und Wiener Vereinen tun.

Die ganze Einnahme aus den Vorträgen, nach Abzug der entstandenen Kosten, wird in die Zentralkasse der betreffenden Vortragskommission wandern, die mit diesem Gelde ein eventuell entstehendes Defizit, sowie alle mit der Vortragsaktion verbundenen Kosten decken wird. Alle Bundesvereine sind verpflichtet, falls sich ein hervorragender Redner in der betreffenden Stadt aufhält, dies der in Frage kommenden Vortragskommission sofort mitzuteilen.

Die Vereine sind verpflichtet, alle 2 Monate dem Vorstande einen Bericht über ihre Vortragsaktivität einzusenden, eventuell haben sie bessere Vorträge,

die in den betreffenden Vereinen gehalten worden sind, mitzuschicken. Nachdem der Vorstand sie geprüft hat, sendet er sie an die einzelnen Vereine. Über die Themata der in den einzelnen Vereinen gehaltenen Vorträge macht der Vorstand der Vortragskommission entsprechende Mitteilung.

Publikation.

Die 8. Zusammenkunft der polnischen fortschrittlichen Jugend empfiehlt dem Vorstande die Organisation einer Redaktions- und Administrationskommission für das Bundesorgan, der der Vorstand Material liefern würde. Das projektierte Organ würde Informationen über das Leben der Jugend bringen, es würde aber an die erste Stelle die Organisationszwecke des Bundes stellen. Um Mittel zur Herausgabe zu erhalten, beschließt die Zusammenkunft eine einmalige allgemeine Steuer für alle Bundesmitglieder, die im Januar 1909 zur Sammlung kommen soll und zwar in Höhe von 50 Hellern, 50 Centimes, 50 Pfennigen.

Die Selbstbildungskollos.

In Anbetracht des Umstandes, daß eine der wichtigsten Bedingungen für den Unterricht und für die soziale Ausbildung die Fähigkeit ist, sich mit den Neuerscheinungen zu beschäftigen, daß einzig und allein die Universitätsbildung in dem in Frage kommenden Gebiete des Wissens die allgemeinen unbedingt erforderlichen Kenntnisse gewährt, daß bei dieser Ausbildung die Bekanntmachung der Jugend mit den wichtigsten sozialen Strömungen vernachlässigt zu werden pflegt,

in Anbetracht aller dieser Umstände erklärt die 8. Zusammenkunft der polnischen fortschrittlichen Jugend, daß es unbedingt erforderlich ist, besondere soziale und Unterrichtskollos zu bilden; diese Kollos müssen, soweit dies die Verhältnisse an dem betreffenden Orte unter der Jugend gestatten, von den allgemeinen Jugendvereinen unabhängig sein, da sie besondere Unterrichtszwecke verfolgen. Zur Entwicklung dieser Kollos ist es erwünscht, mit den Kollos des gleichen Zweiges der Wissenschaft, die sich in den verschiedenen Städten befinden, enge Fühlung zu halten. Dadurch, daß man den Bundesvorstand von dem Entstehen derartiger Kollos Mitteilung macht, wird der Vorstand in die Lage versetzt werden, bei der Anknüpfung solcher Beziehungen behilflich zu sein.

Informations- und statistische Bureaus.

Da die Kommission die große Bedeutung genauer Informationen über die ausländischen Lehranstalten für die Abiturienten im Heimatlande anerkennt, hat sie nachstehenden Antrag ausgearbeitet:

Die Zusammenkunft erinnert an den Züricher Beschluß betreffend die Gründung lokaler Informationsbureaus und Überendung von Nachrichten an das Zentral-Informations-Bureau in Zürich.

Es muß erwähnt werden, daß auf Grund des Beschlusses der 7. Zusammenkunft in Zürich ein Zentral-Informations-Bureau gegründet worden ist, das jetzt in Tätigkeit ist und die Aufgabe hat, alle diesbezüglichen Informationen zu erteilen.

(Adresse: Schweiz, Zürich 63, Universitätsstraße 63, Verein der polnischen Jugend). Lokale Bureaus sind eröffnet in den Städten: Für Österreich in Wien, für die Schweiz in Zürich, für Belgien in Lüttich, für Frankreich in Paris. Die Adresse des deutschen Bureaus wird der Vorstand aus bekannten Gründen vertraulich mitteilen. *)

*) Es soll sich in Berlin befinden. Red. d. Ges.-Überbl.

Eine der Hauptaufgaben des Zentral-Informations-Bureaus muß die Drucklegung einer Zusammenstellung der ausländischen Lehranstalten sein. In diesem Sinne stellt die Kommission einen Antrag, der von der Zusammenkunft angenommen wird.

Die 8. Zusammenkunft der polnischen fortschrittlichen Jugend empfiehlt dem Zentral-Informationsbureau, an die Vereine einen Fragebogen zu versenden, der die Studienbedingungen in den Orten, an denen sie ihren Sitz haben, erschöpfend behandelt. Der Fragebogen soll im Januar 1909 zur Versendung kommen, die Antworten sollen vor Ablauf des Monats März eingesammelt werden, die Resultate sollen nach Bearbeitung durch das Zentral-Informationsbureau noch vor dem Juli im Druck erscheinen. Das Zentral-Informationsbureau wird sich bemühen, die Fragebogen in wichtigen wissenschaftlichen Zentren, in denen keine Bundesvereine existieren, an kompetente Personen oder auch Gruppen zu senden.

Bemerkung. Die Terminfestsetzung bietet die Aussicht, daß die Jugend, die in diesem Jahre die Mittelschulen*) verläßt, schon von der Arbeit des Bureaus Nutzen haben wird.

Die Herausgabe der Broschüre soll der Vorstand bewerkstelligen, die Bearbeitung der Fragebogen übernimmt dagegen das Zentral-Informationsbureau.

Die Kommission hat es für wichtig gehalten, das Leben der Jugend im Auslande zu schildern, und hat schon die Skizze für einen diesbezüglichen Fragebogen entworfen. Da die Sache aber nicht eilig ist, schlägt die Kommission den einzelnen Vereinen vor, darüber zu diskutieren, welcher von ihnen das zur endgültigen Bearbeitung notwendige Material liefern möchte.

Der Fragebogen würde u. a. folgende Fragen enthalten:

1. Charakter der Stadt.
2. Stärke der polnischen Kolonien und soziale Zusammensetzung derselben (Studenten, Arbeiter usw.).
3. Polnische Vereine (Zahl der Mitglieder, Charakter des Vereins usw.).
4. Das geistige und gesellige Leben der polnischen Kolonie.
5. Das Verhältnis der ortsansässigen Bevölkerung zu den Polen.
6. Die russischen Kolonien.

Diese Fragebogen sollen die Vereine bearbeiten und nicht einzelne Mitglieder derselben.

Lesehallen-Kollos und Bibliotheken.

Der Bundesvorstand erkennt die Nützlichkeit der Lesehallen-Kollos an, die den Zweck verfolgen, Neuerscheinungen auf literarischem und belehrendem Gebiete zu sammeln.

Der Bundesvorstand soll in Beziehungen zu den Buchhandlungen des Heimatlandes treten, um beim Ankauf von Büchern für die Bibliotheken Rabatt zu erhalten.

Die kollegialische Selbsthilfe.

I. Die 8. Zusammenkunft des Bundes der polnischen fortschrittlichen Jugend ist der Ansicht, daß die Frage der kollegialischen Selbsthilfe unabhängig sein muß von allen politischen und Parteidifferenzen, daß die Vereine der brüderlichen Hilfe der polnischen, im Auslande studierenden polnischen Jugend unparteiisch sein müssen, daß sie die Gesamtheit der Jugend in der betreffenden Stadt sammeln und außerhalb der Zwionzek- und Zjednoczenie-Vereine stehen müssen. In diesem Sinne empfiehlt der Vorstand der Abteilung der brüderlichen

Hilfe beim Zwionzek, sich an die entsprechende Instanz bei der Zjednoczenie zu wenden, um eine gemeinsame Aktion zur Vereinigung der örtlichen Vereine der brüderlichen Hilfe herbeizuführen. Den Bundesvereinen wird empfohlen, dort wo eine Vereinigung noch nicht erfolgt ist, den Vereinen der brüderlichen Hilfe eine solche Vereinigung vorzuschlagen.

II. Die Aufgabe der vereinigten Abteilungen, bzw. der Abteilung beim Zwionzek muß sein:

1. Kandidaten für die Rapperswylers Stipendien vorzuschlagen.
2. Mit Institutionen, die über Stipendien verfügen, Beziehungen anzuknüpfen und ihnen Kandidaten vorzuschlagen.
3. Das Sammeln von Informationen über wissenschaftliche Wettbewerbe und Mitteilung hierüber an die Gesamtheit.
4. Das Beginnen einer Aktion, um im Heimatlande die Vereine zur Unterstützung der im Auslande studierenden polnischen Jugend zu organisieren.

II. In Anbetracht des Umstandes, daß die kollegialische Selbsthilfe nicht ausschließlich die Befriedigung der örtlichen Bedürfnisse berücksichtigen darf, fordert die 8. Zusammenkunft die Bundesvereine auf, auch in Städten Vereine der brüderlichen Hilfe zu gründen, in denen es augenblicklich keine armen Kollegen gibt. Die Fonds dieser Vereine der brüderlichen Hilfe müssen an den Vorstand der brüderlichen Hilfe gesandt werden, bzw. an die Kassen der Vereine brüderlicher Hilfe in anderen Städten.

IV. Die Zusammenkunft des Zwionzek beschließt, dem Verein — Genesungsheim für die polnische lernende Jugend, Brüderliche Hilfe, in Zakopane — beizutreten. Die Zusammenkunft empfiehlt den Vereinen und den einzelnen Kollegen, diese Institution dadurch zu unterstützen, daß sie ihr als Mitglieder beitreten.

Die Emigrationskassen.

Die Zusammenkunft erklärt, daß der Zwionzek als Organisation der akademischen Jugend sich als solche mit der Arbeiteremigration nicht befassen kann. Gleichzeitig fordert aber die Zusammenkunft alle Mitglieder des Zwionzek auf, an den bereits bestehenden Organisationen der Emigrantenkassen, an der Neubildung unparteiischer, vom Zwionzek unabhängiger Arbeiter-Selbsthilfeskassen, ferner an der Umgestaltung (soweit dies die örtlichen Verhältnisse gestatten) der bereits bestehenden akademisch-philanthropischen Kassen (sogenannte Saisonarbeiterkassen) und an Organisationen der vorerwähnten Art, mitzuarbeiten. Die Bundesmitglieder müssen dabei mitwirken, eine enge Verbindung zwischen allen Emigrationskassen herbeizuführen und zwar wegen der Notwendigkeit, die Personen, die eine Beihilfe erhalten, streng zu kontrollieren, sie müssen sich auch ferner darum kümmern, daß die Kassen- und Verwaltungsbücher dieser Organisationen ordentlich geführt werden. Die Mitglieder des Zwionzek sind verpflichtet, die Lokalkassen bei der Anknüpfung von Beziehungen zu den örtlichen Berufsverbänden zu unterstützen.

Das Schulwesen.

I. Die 8. Zusammenkunft des Zwionzek der polnischen fortschrittlichen Jugend **verdammt jeden Bruch des Botschotts der russischen Schule im Königreich Polen.** Die Gesamtheit der fortschrittlichen Jugend, vertreten durch den Zwionzek der polnischen fortschrittlichen Jugend, steht auch fernerhin auf dem Standpunkt des unversöhnlichen Botschotts des russischen Schulwesens im Königreich Polen.

II. Als Streifbrecher sieht die Zusammenkunft jene an, die auf irgend eine Weise die Grenzen über-

*) Scil. Gymnasien (Red. d. Ges.-Überbl.)

schritten haben, die durch die Beschlüsse der heimatischen Organisationen der Schul- und Universitätsjugend festgelegt worden sind. Vor der Aufnahme von Streifbrechern ist das Urteil des Gerichts der Kollegen unbedingt erforderlich.

III. Die 8. Zusammenkunft erklärt, daß es die Aufgabe der Gerichte der Kollegen sein soll, Gerechtigkeit für das der Volksgesamtheit in ihrem Kampfe um die polnische Schule angetane Unrecht zu üben, und nicht etwa die, Menschen einfach aus der Volksgesamtheit herauszustoßen, was mit den einfachsten Begriffen von Menschlichkeit unvereinbar ist.

IV. Die 8. Zusammenkunft empfiehlt dem Vorstande, im Einverständnis mit den Vereinen ein allgemeines Statut für die Gerichte der Kollegen über die Streifbrecher auszuarbeiten und zwar nach dem Muster der bereits bestehenden Statuten für die Jugend im Heimatlande und in Rußland.

V. Die Zusammenkunft empfiehlt dem Vorstand des Zwionzek der polnischen fortschrittlichen Jugend, an alle Vereine das Statut des akademischen Gerichts über die Streifbrecher in Petersburg zur Kenntnisnahme zu schicken.

Aufruf an die russische Jugend.

In Anbetracht des Umstandes, daß dadurch, daß die russische Regierung der polnischen Volksgesamtheit ihre eigenen höheren Unterrichtsanstalten im Königreich Polen fortgenommen hat, sie ihrer politischen, sozialen und kulturellen Entwicklung ein ungeheures Unrecht getan hat, —

in Anbetracht des Umstandes, daß die neuerdings erfolgte Eröffnung einer russischen Universität, eines Polytechnikums und einer tierärztlichen Schule in Warschau und einer Landwirtschaftsschule in Pulawa, die keinerlei Unterrichtszwecke verfolgen, sondern nur Pflanzstätten der Russifizierung und der Bürokratie sind, den Beweis dafür liefert, daß die zarische Regierung an ihrer Politik gegenüber der polnischen Volksgesamtheit festhält, —

in Anbetracht des Umstandes, daß diese Eröffnungen das während der Revolutionszeit mit ungeheurer Mühe eroberte polnische Mittelschulwesen bedroht, dem gegenüber die zarische Regierung ihre Anebelungsgelüste absolut nicht verheimlicht, indem sie eine ganze Reihe von Beschränkungen einführt, immer neue Gewaltakte anwendet und schließlich den fortschrittlichen Elementen die Demokratisierung und Befreiung der polnischen Schule erschwert, —

in Anbetracht des Umstandes, daß bei der immer weiter um sich greifenden Demokratisierung und Selbstbildung der Volksmassen, die eine Nationalisierung des russifizierten Schul-, Gerichts- und Verwaltungswesens fordern, das Verlangen nach einem höheren Schulwesen die immer kräftiger werdende Unterstützung der Volksgesamtheit findet, was am besten der einmütige Boykott der Warschauer Universität und des Polytechnikums seitens der polnischen Jugend beweist, —

in Anbetracht des Umstandes, daß die verräterische Politik der zarischen Regierung, die zur Warschauer Universität auch Seminaristen zuließ, die an den russischen Universitäten nicht das Recht der Immatrikulation haben, nur ein künstliches Herbeiströmen von russischen Jünglingen an die Warschauer Universität veranlassen sollte,

in Anbetracht aller dieser Umstände wendet sich die 8. Zusammenkunft an die revolutionäre russische Jugend, mit der sie die Bande des gemeinsamen Kampfes für die Freiheit verbinden, mit der Bitte, den breiten Schichten der russischen Volksgesamtheit den wahren Sachverhalt zu schildern und in ihr die Idee des Boykotts

der höheren Regierungsschulen im Königreich Polen zu verbreiten.

Infolge der Wichtigkeit der Verbreitung der Idee des Regierungsschulwesens im Königreich Polen in der russischen Volksgesamtheit empfiehlt die Zusammenkunft den Organisationen der fortschrittlichen Jugend, insbesondere denen in russischen Universitätsstädten, dies mit Hilfe von Versammlungen, Referaten und Artikeln in den revolutionären Organen der russischen Jugend zu tun.

Die Angelegenheit der Anknüpfung von Beziehungen zu den Organisationen der Jugend an den Mittelschulen.

Die 8. Zusammenkunft des Zwionzek der polnischen fortschrittlichen Jugend fordert den Vorstand auf, mit den Organisationen der fortschrittlichen Jugend an den Mittelschulen*) aller 3 Anteile in möglichst enge Fühlung zu treten.

Gleichzeitig fordert die Zusammenkunft alle Bundesmitglieder auf, während ihres Aufenthaltes in der Heimat sich mit den in Frage kommenden Organisationen zu verständigen und auf die Notwendigkeit hinzuweisen, eine gemeinsame Organisation der polnischen fortschrittlichen Organisation zu bilden. Im Falle der Geneigtheit der betreffenden Organisation der Jugend an den Mittelschulen soll das Bundesmitglied bei der Anknüpfung von Beziehungen zwischen dieser und dem Vorstande vermitteln.**)

Die Zusammenkunft hält es für möglich, nach der Verständigung mit den Organisationen der Jugend an den Mittelschulen im Heimatlande einen Aufruf zu erlassen, in welchem die Freiheitslosungen der polnischen Schule ins Gedächtnis zurückgerufen werden und zum Kampfe auf dem Boden der polnischen Schule aufgefordert wird.***) Der Aufruf muß gleichfalls auf die schädliche und unerwünschte Erscheinung aufmerksam machen, daß die Schüler der letzten Klassen die polnischen Schulen verlassen und sich privatim zu dem russischen Regierungs-Abiturium vorbereiten und die Jugend aufzufordern, durch ein solches Verhalten den schwer errungenen Posten des polnischen Schulwesens nicht aufzugeben und es hierdurch nicht zu schädigen.

Die Kasse zur Aufklärung des Volkes.

In Anbetracht des Umstandes, daß es in manchen Ländern des Auslandes Orte gibt, in denen sich die polnische Emigration zusammendrängt, die sich häufig aus Landarbeitern zusammensetzt, die auf einer sehr niedrigen Entwicklungsstufe stehen und der energischen Agitation des Klerus und der Chauvinisten unterliegen, wie dies besonders in der Schweiz der Fall ist, beschließt die 8. Zusammenkunft die Gründung von besonderen Kassen zur Aufklärung des Volkes und sie fordert die Bundesvereine auf, sich zu Gunsten dieser Kassen mit 5 % der Monatsbeiträge zu besteuern. Die Fonds werden an jene Vereine gesandt werden, bei denen sich ein besonderes Bedürfnis geltend macht, unter den polnischen Landarbeitern kulturelle Arbeit zu treiben.

Die Angelegenheit der ruthenischen Universität in Lemberg.

In Anbetracht des Umstandes, daß die Frage der ukrainischen Universität in Lemberg die unkulturellen

*) D. h. Gymnasien.

**) Das heißt also, eine Gesamtorganisation durch Verschmelzung der studentischen Geheimverbände mit den geheimen Gymnasialorganisationen der drei Anteile zu bewirken.

***) Der Aufruf für die Gymnasialorganisationen des preußischen Anteils soll in den Osterferien erfolgen.

Gelüste der jugendlichen sowohl polnischen als auch ruthenischen Chauvinisten hervorruft, eine Frage ist, die sowohl im Interesse der polnischen als auch ruthenischen Volksgesamtheit möglichst schnell erledigt werden muß, erklärt die 8. Zusammenkunft, indem sie sich gegen die Utraquisation der in Lemberg bestehenden Universität ausspricht, da sie sie sowohl für die polnische als auch für die ruthenische Volksgesamtheit für schädlich hält, und indem sie die einstweilige Bildung neuer ruthenischer Katheder für unumgänglich notwendig hält, als ein Mittel zur demnächstigen Gründung einer zukünftigen ruthenischen Universität, daß sie, ebenso wie bisher, auch fernerhin das Bestreben, eine ruthenische Universität in Lemberg zu gründen, kräftigst unterstützen wird, während die jetzt in Lemberg bestehende Universität ihren rein polnischen Charakter behalten soll.

Erklärung der 8. Zusammenkunft.

Seit vielen Jahren dauert der Kampf um die polnische Schule im Königreich fort. Und als diese mit vielen Mühen errichtete Schule der sinnlos wilde Ufas Skallons bedrohte, da ging ein Schauer der Enttäuschung durch die gequälte polnische Volksgesamtheit. Die Faust ballte sich kräftiger zusammen.

Und in dieser Stille der Knechtschaft ertönen die bedientenhaften Stimmen der angeblichen Vertreter der Volksgesamtheit. Vor der Welt erschien die bekannte Deklaration der Erniedrigung der politischen Parteien im Königreiche.

Wir in der Fremde versammelten Vertreter der polnischen fortschrittlichen Jugend, der Jugend, die sich an der revolutionären Bewegung beteiligt hat, die das polnische Schulwesen erkämpft hat, wir protestieren dagegen, daß diese Leute sich das Recht anmaßen, sich Vertreter des Willens der ganzen Volksgesamtheit zu nennen und wir erklären im Sinne der titanischen Grundsätze des Testaments unseres Meisters ganz entschieden:

Es ist unwahr, daß die polnische Volksgesamtheit bei ihrer Tätigkeit, die darauf hinzielt, ihre nationalen Bedürfnisse zu befriedigen, nicht ihre Zuflucht zur Gewalt in irgend welcher Form und bei irgend welcher Gelegenheit nehmen darf.*)

Bei den freien Anträgen wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Zusammenkunft bevollmächtigt den Vorstand, den einzelnen Vereinen zur Deckung der Kosten, die durch die Entsendung der Delegierten entstanden sind, Beihilfen zu gewähren.
2. In Anbetracht des Umstandes, daß in vielen industriellen Instituten des Königreichs polnische Techniker systematisch übergangen und die Stellen durch Deutsche besetzt werden, daß der im Auslande die Technik studierenden polnischen Jugend völlig die Möglichkeit genommen ist, während der Ferien praktisch tätig zu sein, wendet sich der Vorstand, um dem Übel, wenn auch nur zum geringen Teile zu steuern, an den Verein der Techniker in Warschau und an andere ähnliche Institute.

*) Es ist diese Erklärung eine bedeutsame Anerkennung der Zulässigkeit des Terrors. Es dürfte noch bekannt sein, daß, als der Generalgouverneur von Warschau nach einem der letzten Gewaltakte die polnischen Schulen schloß, die politischen Parteien des Königreichs Polen sich feierlich gegen den Terror erklärten. Damals gestattete Skallon nach dieser Erklärung wieder die Eröffnung der Schulen. Hier nun sprechen sich die Vertreter der fortschrittlichen akademischen Jugend für den Terror aus. (Red. d. Gef.-Überbl.)

3. Die 8. Zusammenkunft empfiehlt dem Vorstande und den in das Heimatland zurückkehrenden Kollegen, Vereine früherer Zöglinge ausländischer Unterrichtsanstalten zu gründen, die den Zweck haben würden, sich gegenseitig Hilfe zu leisten, Beziehungen zwischen dem Heimatlande und der im Auslande weilenden Jugend aufrecht zu erhalten und durch ihre Tätigkeit die Tätigkeit des Zwionzek zu ergänzen.

Aus Nr. 2311 des Wiek Nowy (Lemberg)
vom 19. März 1909:

Die Staschiz-Vereine.

Warschau, den 15. März.

In der vorigen Woche fand in Warschau die Jahresversammlung der landwirtschaftlichen Staschiz-Vereine statt. Es ist dies eine der notwendigsten und nützlichsten Organisationen im Lande. Bei organisatorischer, wirtschaftlicher und kultureller Arbeit versammelt sich das polnische Volk, es kommt zum Selbstbewußtsein und lernt seinen Wert und seine Macht kennen. Erst seit wenigen Jahren besteht diese Organisation, und schon hat sie es verstanden, über 70 landwirtschaftliche Vereine in sich zu vereinigen. Ihre Tätigkeit beschränkt sich nicht ausschließlich auf die wirtschaftliche Selbsthilfe, sondern erstreckt sich auch auf die zielbewußte kulturelle Arbeit.

Aus dem Rechenschaftsberichte des Vorstandes geht hervor, daß die Arbeit intensiv und vielseitig ist, sowie daß sie planmäßig und systematisch geführt wird. Wirtschaftliche Selbsthilfe, gemeinschaftliche Arbeit, Läden und Warenhäuser, Bibliotheken und Lesehallen, Vorträge über die verschiedensten Themen, von landwirtschaftlichen an bis zu geschichtlichen und allgemeinen — alles dies gehört in ihren Bereich. Der Vorstand veranstaltet Ausflüge nach Böhmen und Mähren zu dem Zwecke, um dort rationell geführte Landwirtschaften zu besichtigen, er knüpft direkte Beziehungen zu Frankreich und Dänemark in Betreff der Auswanderung an und, was am wichtigsten ist, er sorgt für Mittel zur Gründung einer landwirtschaftlichen Fachschule und zum Reise-Stipendium für einen ihrer Zöglinge.

Einen äußerst angenehmen und erhebenden Eindruck machten die Verhandlungen selbst. An ihnen beteiligten sich meist Bauern, die ein ungeheures Interesse und großes Verständnis für die Sache an den Tag legten, ohne sich von kleinlichen und geringfügigen Dingen irgendwie irreführen zu lassen. Aus jeder Bauerngestalt weht uns Kraft, Zielbewußtsein, frischer, aufrichtiger Bürgerinn entgegen. Fast ein jeder von ihnen ist ein geborener Redner und spricht ruhig, langsam, logisch und bündig. Und, was das wichtigste und schwierigste ist — kurz. Auch Frauen ergreifen das Wort und geben in nichts ihren Männern nach. Die Diskussion fließt gleichmäßig und glatt, ohne — wie das gewöhnlich zu geschehen pflegt — nach allen Richtungen abzuschweifen. Alle hören aufmerksam und mit Interesse zu, nur hin und wieder läßt sich ein wärmerer Ton, ein lebhafteres Wort vernehmen.

Bald spricht Manterys, bald Kielak, Redakteur der ehemaligen Siewba. Die Gesichter färben sich, die Augen schleudern Blitze, der Atem geht schneller. Nach einem Augenblick gehen wir wieder zur Tagesordnung über, und wiederum werden klare, inhaltreiche Fachreden gehalten. Vergleichen wir nun hiermit alle Beratungen und Erörterungen aller Parlamente!...

Die Staschitz-Bereine entstanden auf Anregung der Fortschrittler, sie werden natürlich vom Klerus und allen anderen Nationaldemokraten verfolgt. Es gibt kein Mittel, dessen sich die würdigen Präpöste nicht bedienen, um nur diese Arbeit des Volkes und an dem Volke zu unterdrücken, um nur den Vereinen Mitglieder abwendig zu machen. Hierzu dienen Einflüsse, geistliches Ansehen, Kanzel, Beichtstuhl und Adelsstich.

Es ist daher kein Wunder, wenn sich eine gewisse Ungebuld unter dem Volke bemerkbar macht, die sich nur mit Mühe zurückhalten läßt und keine schärferen Formen annimmt. Das Volksblatt Zaranie (Morgenröte), redigiert von Malsnowski, einem Mitgründer der Bauernvereine, wird öffentlich von den Kanzeln herab verflucht, seine Leser und Abonnenten der Verbindung mit dem Teufel verdächtigt. Anständigen Bürgern wird verboten, mit ihnen in Beziehungen zu treten. Trotz alledem entwickeln sich diese Vereine ausgezeichnet und werden sich sicherlich weiter entwickeln. Offenbar fängt das Volk an klüger zu werden und die Religion von einigen ihrer Vertreter zu unterscheiden. Was wird aber aus ihnen werden, wenn das Volk vollständig zur Besinnung kommt und einen offenen Kampf mit ihnen beginnt? *)

Aus Nr. 126 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 18. März 1909:

Das Zentrum und das polnische Zentralwahlkomitee. — Die Kritik der polnischen Fraktionen. — Die städtische Selbstverwaltung, der Oberbürgermeister von Posen und der Minister v. Moltke. — Die Ansiedelungskommission im Jahre 1908. — Jahresversammlung des Landwirtschaftlichen Zentralvereins. — Demokratischer Verein. — Vom Theater.

Posen, den 16. März.

Indem ich an dieser Stelle im vorigen Jahre über das Kompromiß unserer Wahlbehörden mit der deutsch-katholischen Zentrumsparlei betreffs der Wahlen im Wahlbezirk Meseritz-Bomst berichtete, in welchem auf Anordnung des polnischen Zentralwahlkomitees die Polen in einer Anzahl von 8000 bei einer allgemeinen Anzahl von 22000 Wählern von vornherein für den Zentrumskandidaten, Pfarrer Roenspies stimmten — erhob ich Zweifel grundsätzlicher Natur. Namentlich wollte ich nicht daran glauben, daß das Bündnis uns irgendwelche Vorteile bringen, die Gegenseitigkeit des Zentrums sichern und die beiderseitigen Beziehungen zwischen den katholischen Polen und den Deutschen enger knüpfen könnte. Der eifrigste Förderer dieses Gedankens war der Abgeordnete Napieralski. Er hat denn auch hauptsächlich zur Gründung eines polnischen Zentralwahlkomitees mit der Aufgabe einer Beilegung der Gegensätze in den beiden Lagern beigetragen. Er selbst nimmt in ihm die Stellung eines stellvertretenden Vorsitzenden ein. Es schien ihm und seinen Freunden, daß das Zentrum, welches sich zur Zeit in Opposition zur Regierung befindet, in den Polen einen dauernden Bundesgenossen suchen werde und daß die Polen dabei gut fahren würden. Indes haben alle diese Berechnungen — wie dies die Gegner des Bündnisses voraussahen — fehlgeschlagen. Das Zentrum dagegen versprach, für die polnischen Stimmen im Wahlkreis Meseritz-Bomst einen anderen Wahlkreis zu überlassen — (wahrscheinlich in Schlesien, denn in Großpolen besitzt

es keine Organisation) — ferner ein Kompromiß bei den allgemeinen Wahlen und eine Einigkeit in der Presse. Das Zentrum denkt jedoch nicht nur nicht daran, dies alles zu halten, sondern stellt überhaupt — und zwar sehr amtlich — das Vorhandensein irgendwelcher Vereinbarungen in Abrede. Der Zentrumsführer, Graf v. Hompesch, welcher mit Napieralski und Genossen in Unterhandlungen gestanden haben soll, ist gestorben. Vielleicht ist das Zentrum auch der Ansicht, Bülow's Tage seien gezählt und es werde wieder, mit dem Kardinal v. Kopp an der Spitze, eine Regierungspartei werden!

Kurz, die Zentrumsparlei hielt eine vertrauliche Versammlung in Posen ab, die den Zweck hatte, die Zentrumskatholiken zu organisieren oder vielmehr sie — und sei es auf Kosten der Polen in Großpolen — für sich zu gewinnen. Als die radikalistische Presse, aus Furcht vor dem Verlust der warm in Schutz genommenen regierungstreuen Katholiken, wegen Zersplitterung der Deutschen in den Provinzen Posen und Westpreußen zu Gunsten der Polen Alarm zu schlagen anfang, begann das Zentrum zunächst durch den Mund eines Schlesiens, des Dr. Porsch, das Bestehen irgend einer Verbindung mit uns, das Kompromiß in dem Wahlkreis Meseritz-Bomst, die Unterhandlungen mit dem Zentralkomitee, abzuleugnen, ja, das Zentrumsblatt, die „Schlesische Volkszeitung“, hat gleichzeitig sogar einen lügenhaften Artikel über die Mittel des „National-schages“ in Rapperswil gebracht, die angeblich für die Breschener Sache hergegeben worden seien.

Es ist daher kein Wunder, daß jetzt der Kurjer Poznański energisch vom Abgeordneten Napieralski und dem Zentralkomitee eine Aufklärung der Angelegenheit und eine Entlarvung der Zentrumsheuchelei durch Urkunden und Briefe, und sei es auch durch die des verstorbenen Grafen v. Hompesch, verlangt.

Gleichzeitig aber unterzieht die ganze Presse, den Dziennik Poznański nicht ausgenommen, der mit einem unerwartet scharfen Artikel aufgetreten ist, die Unklarheit und Zersahrenheit der Aktion in den beiden polnischen Fraktionen einer Kritik. Die Landtagsfraktion hat ihre Stellung zu der Erhöhung der Steuern Preußen gegenüber dreimal gewechselt, die Reichstagsfraktion hat sogar bei der Abstimmung über die Erhöhung des Budgets des Telegraphennetzes sich zerschlagen. Die Beratungen der Fraktionen finden nach wie vor bei verschlossenen Türen statt und die versprochenen, für die Wähler bestimmten Mitteilungen aus den Sitzungsberichten sehen wir ebenfalls nicht. Die erbitterte und in der Beurteilung der Reisener Angelegenheit zersplitterte polnische Gesellschaft wartet ebenfalls vergebens auf das Urteil der Reichstagsfraktion, welcher der Abgeordnete v. Dziembowski die Akten übergeben hat.

Diese arme Allgemeinheit, die mit sich und bei sich genug zu tun hat, muß immer noch die Arbeit ihrer Erwählten kontrollieren und oftmals denjenigen Fingerzeige geben, von denen sie sie hätte erhalten müssen. Die preußische Regierung aber verbreitet nach wie vor das Gift der Reaktion und der Übergriffe. Neuerdings wurde wieder im „Berl. Tageblatt“ eine unerhörte Sache aufgedeckt. Auf Anordnung des Ministers v. Moltke richtete nämlich der Oberbürgermeister der Stadt Posen nach den Stadtverordnetenwahlen an die städtischen Beamten die vertrauliche Frage, weshalb sie sich an den Wahlen nicht beteiligt hätten. Diese Beamten werden von der Stadt Posen besoldet, und die Regierung hat nicht das geringste Jurisdiktionsrecht über sie. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Oberbürgermeister in dieser Angelegenheit interpelliert. Er räumte ohne Vorbehalt ein, daß er die Versendung des Rundschreibens auf

*) Siehe hierzu die Artikel in den Nr. 65 und 67 des Dziennik Poznański vom 20. und 23. März (Ges.-überbl. Nr. 12) über die Versammlung der deutschen bäuerlichen Ansiedler in Gnesen.

„höhere Anordnung“ verfügt habe. Auf den Einwand eines polnischen Stadtverordneten, daß ein derartiges Verfahren ein Vergehen sei, für welches das Strafgesetz eine zweijährige Gefängnisstrafe vorjäh, antwortete er lächelnd.

Er weiß recht gut, daß er dafür höchstens einen Orden erhalten und sich den Weg zu weiterer Karriere anbahnen wird. Gerechtigkeit, Gewissensfreiheit und die von der Regierung so großmütig garantierte städtische Selbstverwaltung — das sind alles Kleinigkeiten. Am besten geht es dem, der ein gefügiges Werkzeug der heutigen Regierung der Junker und der Katatisten ist. Sie triumphieren anlässlich der an die Landtagsabgeordneten verteilten Gedenkschrift der Ansiedlungs-Kommission. Obwohl nämlich bis jetzt noch niemand enteignet worden ist, erblicken sie doch in dem Rechenschaftsbericht der Ansiedlungs-Kommission ideale Erfolge dieses berühmten Gesetzes. Sie betonen namentlich, daß die allzu hohen Bodenpreise gefallen seien (im Jahre 1907 1508 Mk., im Jahre 1908 1181 Mk. für 1 Hektar), daß infolgedessen die Nachfrage der deutschen Ansiedler eine viel größere als im Vorjahre ist, daß schließlich die Rustikalbank unter diesen Umständen eine viel erfolgreichere Tätigkeit habe entfalten können. Indes stellt sich die Kehrseite der Medaille, die übergegangen wird, höchst ungünstig für die Deutschen dar. Vor allen Dingen bemerken wir auch nicht die Spur von allgemeiner Angst und Verzweiflung bei den polnischen Besitzern, d. h. des schlimmsten sittlichen Verfalls; Verschacherer des väterlichen Grundes und Bodens haben sich zwar unter uns gefunden, aber nicht mehr so viele, wie in den Vorjahren; endlich wurde viermal soviel Grund und Boden von den Deutschen, als von den Polen angekauft, das heißt, daß das Privateigentum der Junker immer mehr zusammenschrumpft.

Dieses jedenfalls traurige Thema verlassend, müssen wir hervorheben, daß die Mehrzahl derer, die ihren Besitz erhalten hat und nicht gesonnen ist, ihn den Feinden preiszugeben, sich immer besser organisiert und entwickelt. Dies beweist die unlängst abgehaltene Hauptversammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins, an der sich über 250 Personen, darunter viele Frauen, beteiligten. Die Beratungen waren ernster Natur und dauerten drei Tage, dabei wurde ein kleiner Boykott der fortschrittlichen Presse in Szene gesetzt. Nur der Vertreter des gemäßigten Dziennik Poznański hatte Zutritt. Dies soll aus Angst vor der Polizei geschehen sein, denn nach dem Maulkorbgesetz dürfen nur Vereinsmitglieder die Versammlungen besuchen. Man hat — wahrscheinlich etwas absichtlich — vergessen, daß einer beschränkten Anzahl von Gästen der Zutritt gestattet ist.

Wie wir hören, soll ein demokratischer, um den „Kurjer Poznański“ sich scharendes Verein mit rein politischer Tendenz gegründet werden. Vorläufig fehlen noch die näheren Einzelheiten. Jedenfalls wird er ein Gegenstück zu dem konservativen Kasino sein.

Der Theaterdirektor Lelewicz beabsichtigt, im Monat Mai sich mit einer Opern- und Operettengesellschaft nach Berlin zu begeben. In Posen würde nur die Schauspielgesellschaft verbleiben. Später begibt sich die ganze Gesellschaft nach Ciechocinek.

Aus Nr. 69 der „Gazeta Powszechna“ (Kraſau)
vom 22. März 1909.

Die polnisch-tschechische Übereinkunft zer- schlagen.

Am vergangenen Mittwoch, den 17. d. Mts., fand im Saale der polnischen Fraktion in Wien eine Sitzung

statt, die sich mit dem polnisch-tschechischen Zwist beschäftigt. Es beteiligten sich daran etwa 50 Personen. Polnischerseits waren erschienen die Abgeordneten: Daszynski, Kunicki, Londzin, Lasarski, Stojalowski, Swiertnia, sowie die schlesischen Delegierten: Jilasiwicz, Kretschmann, Rotas, Wlodek, Chobot, Bajorek, Janeczko, Pfarrer Niemiec, Kaschpar, Gusiow und die Redakteure der schlesischen Zeitungen: Friedel, Heynar, Zabawski. Tschechischerseits waren anwesend: Dr. Kramarz, Dr. Bulin, Dr. Schamal, Schramel, Prokech, Eingr, Pospischil, Kolsberg, sowie die Herren: Poppe, Dr. Pely, Brzeski, Martyniec, Schmut, Krystek, Sedlarzik als tschechische Delegierte aus Schlesien, namentlich aus Poln.-Ostau, Reichwald und Lazow.

Die Sitzung dauerte von 5 Uhr nachmittags bis 11 Uhr nachts und war zeitweise äußerst leidenschaftlich. Eröffnet wurde sie vom Fraktions-Präsidenten Glombinski. Zum Vorsitzenden wurde der Abgeordnete Dr. Kramarz gewählt, der, nachdem er den Vorsitz übernommen, zum gegenseitigen Einvernehmen ermahnte, um zu beweisen, daß die Slawen bei gutem Willen sich zu vertragen verständen. Der Abgeordnete Daszynski schilderte die tatsächliche Lage des polnisch-tschechischen Konflikts, zählte alle strittigen Gemeinden auf und zwar: Klein-Kontschütz, Maglinow, Pittwald, Radawitz, Zablot, Hermanitz, Troschanowitz, Dziermorowitz, Blendau, Poln.-Ostau, wies statistisch die Anzahl der polnischen Kinder in diesen Gemeinden auf und erklärte, daß dort öffentliche polnische Schulen gegründet werden müßten, die Polen würden dagegen bereit sein, Reichwald, d. h. die Gemeinde, in welcher sich 2 tschechischen Privatschulen befinden, einzugemeinden oder das tschechische „Unrecht“ polnischerseits zu beseitigen. Der Sekretär des tschechischen Nationalrats, Brzeski aus Poln.-Ostau, hielt hiernach eine wenig taktvolle und herausfordernde Rede, in welcher er erklärte, daß Schlesien ein tschechisches Land sei (!?), daß die dortigen Polen lediglich unverheiratete Arbeiter aus Galizien wären und die polnischen Schulen garnicht brauchten, wenn also die Polen ihre Ansichten hinsichtlich des Polentumes in Schlesien aufgaben und keine polnische Realschule in der tschechischen Stadt Orlowo bauten und in Reichwald die tschechischen Schulen annähmen, so würden die Tschechen sich mit einer polnischen Schule in Poln.-Ostau einverstanden erklären.

Die folgenden polnischen Redner, wie Friedel, Rotas, Wlodek, Niemiec, Heynar, Jilasiwicz, Zabawski, wiesen durch Tatsachen und Daten die tschechisierende Politik, die feindliche Haltung der Tschechen der polnischen Schule in den Grenzgemeinden gegenüber, den Terrorismus und die Jagd auf polnische Kinder, die Stellung und Methode des tschechischen Preßkampfes nach und erklärten alle einstimmig, daß ein Einvernehmen erst dann erfolgen würde, wenn die Tschechen in allen Gemeinden, in welchen die Verhältnisse es erheischen, polnische öffentliche Schulen bewilligten. Die Polen könnten den Tschechen, außer Reichwald, nichts geben, denn sie täten ihnen nirgends Unrecht und beherrschten sie nirgends.

Die tschechischen Redner, z. B. Sedlarzik, Kordacz, Pospischil, Schramel, Poppe und andere, waren grundsätzlich für ein polnisch-tschechisches Einvernehmen, aber, in die Enge getrieben, wollten sie, außer Poln.-Ostau und zwar bis hinter Reichwald, auch nicht eine polnische Schule in diesen Gemeinden genehmigen, denn sie behaupteten, daß dies tschechische Gemeinden seien. Dies stand bei den Polen fest, daß die Tschechen für jede Schule gleich eine tschechische Schule in einer polnischen Gemeinde, z. B. in Deutsch- oder in Poln.-Lutynia, fordern würden.

Die polnischen Redner erschöpften in dieser Sitzung das ganze tatsächliche und statistische Material, erhoben geradezu einen schweren Anklageakt gegen die Tschechen; diese wiederum machten den Polen den Vorwurf, daß

sie die Germanisierung unterstützten, daß sie sich mit den Deutschen zusammenschließen usw.

Am Schluß der Erörterungen schlug Dr. Kramarz vor, zu beschließen, daß sich beide Parteien verpflichteten, Schulen dort zu errichten, wo hierzu ernstliche Unterlagen vorhanden wären, und daß eine ständige Kommission, bestehend aus polnischen und tschechischen Abgeordneten aus Schlesien, sowie je 5 Delegierte von der einen und der andern Partei zwecks Beilegung des polnisch-tschechischen Konflikts in den einzelnen Gemeinden gewählt werden sollten. Der erste Teil des Vorschlages wurde einstimmig angenommen, bei dem zweiten dagegen verlangten die Polen, daß sich die Kommission in erster Linie mit Poln.-Ostau beschäftigen möchte und zwar aus dem Grunde, weil sich dort über 3000 schulpflichtige polnische Kinder befänden, weil der Schulstreik dort vorläufig aufgehoben sei und die Polen die Unrecht leidende und die Tschechen die Unrecht tuende Partei seien. Die Tschechen dagegen wünschten, daß dies der Kommission überlassen werde, und daß keine Direktiven gegeben würden. Die Polen blieben jedoch bei ihrem Verlangen, die Tschechen wollten sich hiermit nicht einverstanden erklären, und der zweite Vorschlag wurde nicht beschlossen.

Dr. Kramarz trat schließlich ganz offen lediglich für die Tschechen ein und sprach nur zu ihren Gunsten. Trotzdem ließen sich die Polen von ihm nicht einschüchtern. Er war deshalb mit dem Ergebnis der Sitzung höchst unzufrieden und erklärte, daß er so viel „Haß gegen die Tschechen“ von seiten der schlesischen Polen nicht erwartet habe.

Die Sitzung hat bewiesen, daß uns die Tschechen auf dem Wege eines Einvernehmens nichts bewilligen und das, was sie versprechen, nicht halten würden. Die tschechische Begehrlichkeit in Schlesien uns gegenüber wird solange dauern, bis wir ihr ein starkes nationales Selbstbewußtsein, bis wir den tschechischen Schulen polnische gegenüber gestellt haben werden.

Die arme, örtliche Arbeiterbevölkerung wird diese Schulen aus eigenen Mitteln nicht erbauen, ihr wird die polnische Allgemeinheit helfend unter die Arme greifen müssen. Wenn erst die polnischen Schulen entstanden sein werden, wenn das nationale Selbstbewußtsein sich erst mehr verbreitet haben wird, dann wird das polnische Volk aufhören, ein brauchbares Material zur tschechischen Verschmelzung zu sein, dann erst werden wir ernstlich von einer tschechisch-polnischen Einigkeit sprechen können, an die jetzt weder die Polen, noch die Tschechen glauben.